



Foto: fizkes/Adobe Stock

Parallel zur Krankenhausreform soll über ein neues Gesetz auch die ambulante ärztliche Versorgung verbessert werden.

SoVD: Entkernter Gesetzentwurf weist Lücken auf – Gesundheitskioske wieder einbringen

Ambulante Versorgung stärken

Die Bundesregierung hat den Weg frei gemacht für eine Reform der ambulanten Versorgung. Am 22. Mai stimmte das Kabinett einem Gesetzentwurf namens „Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz“ (GVSG) von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu. Es sieht vor allem bessere Arbeitsbedingungen für Hausärzt*innen vor. Das GVSG war zuvor um wesentliche Inhalte entkernt worden. Der SoVD sieht demzufolge erhebliche Lücken.

Parallel zur Krankenhausreform, die die Versorgung in Kliniken verbessern soll, zielt das GVSG auf die stärkere Absicherung der Gesundheitsversorgung in den Praxen vor Ort ab.

Hausärzt*innen sollen demnach größere finanzielle Spielräume erhalten. Geplant ist eine Entbudgetierung. Mit dieser entfallen – wie schon bei den Kinderärzt*innen – die Honorarobergrenzen bei der Vergütung. Ärzt*innen erhalten künftig mehr Geld, wenn sie mehr

Patient*innen aufnehmen. Mehrarbeit soll somit sicher bezahlt werden, auch wenn das Budget ausgeschöpft ist.

SoVD befürwortet Stärkung der hausärztlichen Versorgung

Eine neue „Vorhaltepauschale“ erhalten Praxen, die bestimmte Kriterien erfüllen. Diese wurden noch nicht festgelegt. Haus- und Pflegeheimbesuche oder erweiterte Öffnungszeiten könnten dazu gehören. Auch den Zugang zu Arzterminen will Lauterbach

erleichtern, unter anderem durch die Einführung einer Jahrespauschale zur Behandlung chronisch Kranker, die dauerhaft Medikamente einnehmen. Dies soll Quartalsbesuche zum Rezeptabholen beziehungsweise aus Abrechnungsgründen vermeiden und Kapazitäten für akute Behandlungsfälle schaffen.

Hier setzt einer der Kritikpunkte des SoVD an. Zwar befürwortet der Verband die Stärkung der hausärztlichen Versorgung
Fortsetzung auf Seite 2

Problembewusstsein und Zukunftsängste

Sozial-Klimarat berät über politische Maßnahmen

Seite 7



Neustart der Patientenberatung

UPD steht bei Fragen zur Gesundheit zur Verfügung

Seite 3



Pflege und Beruf kaum vereinbar

Angehörige müssen ihren Job oftmals aufgeben

Seite 9



EU-Wahl: Dafür stehen die Parteien

Wahlprüfsteine des SoVD

Seite 4 + 5



Blickpunkt

Vom 6. bis zum 9. Juni wählen die Bürger*innen der Europäischen Union das Europäische Parlament. Die Herausforderungen, die die EU zu meistern hat, sind groß: Ukraine-Krieg, Migration, Klimawandel, Energiekrise und Inflation. Mehr denn je brauchen wir gerade jetzt ein starkes und geeintes Europa – in dem Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches und demokratisches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt die Grundlagen der Gemeinschaft der 27 Mitgliedsländer bilden. Leider

haben rechtspopulistische, fremden- und minderheitenfeindliche Kräfte europaweit Zulauf. Das lässt sich nicht beschönigen. Bei uns in Deutschland ist es die AfD, die die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft infrage stellt. Rechtsextreme und ausgrenzende Parolen sind fester Bestandteil ihrer Parteiprogrammatik. Oft versprechen sie vermeintliche Lösungen für die Sorgen der Menschen, säen stattdessen aber nur Zwietracht und Hass. Jetzt kommt es darauf an, wie sich jede*r Einzel-

ne verhält. Überlassen wir – wie damals im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte – antidemokratischen Kräften das Feld, berauben wir uns unserer Werte und vergiften unser friedliches Miteinander. Autoritäre Regierungen und rechtsradikale Parteien dürfen nicht die Politik Europas bestimmen! Bitte gehen Sie am 9. Juni zur Wahl und entscheiden Sie sich für eine proeuropäische Partei und gegen die AfD!

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

SoVD: Entkernter Gesetzentwurf weist Lücken auf – Gesundheitskioske wieder einbringen

Transparenzregister mit Infos

Ambulante Versorgung stärken

Fortsetzung von Seite 1

– auch unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung. Dabei ist aus Sicht des Verbandes insbesondere die hausärztliche Grundversorgung wichtig. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier warnt jedoch an diesem Punkt vor finanziellen Fehlanreizen: „Die jährliche Versorgungspauschale für chronisch kranke Menschen birgt die Gefahr einer Verschlechterung der ärztlichen Versorgung gerade für besonders betreuungsintensive Patient*innen.“

Psychotherapie für Kinder und Jugendliche erleichtern

Ausdrückliche Zustimmung findet hingegen das Vorhaben, die psychotherapeutische Versorgung auf dem Gesetzesweg zu stärken. Das soll vor allem Kindern und Jugendlichen den Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen erleichtern. Bei der Beantragung von Kurzzeittherapien sind hierzu entsprechende „Vereinfachungen und Flexibilisierungen“ vorgesehen. „Dies sind gute Schritte zur Verbesserung“, stellt Michaela Engelmeier fest. Daneben sei aber auch eine weitere Stärkung der allgemeinen psychotherapeutischen Versorgung wichtig: „Immer mehr Menschen brauchen Hilfe. Neben der Therapie

müssten deshalb auch Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung psychischer Erkrankungen kurzfristig greifen können.“

Ebenso befürwortet der SoVD eine den gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) betreffende gesetzliche Neuerung. Demnach sollen Patientenvertreter*innen und auch Pflegekräfte im zentralen Selbstverwaltungsorgan des Gesundheitswesens endlich mehr Mitspracherecht erhalten.

Gesundheitskioske wieder ins Spiel bringen

Hinsichtlich der Stärkung der ambulanten Versorgungsstruktur insgesamt sieht der SoVD erhebliche Lücken, nachdem wesentliche, im ursprünglichen Entwurf enthaltene Regelungen vor der Beratung im Kabinett gestrichen wurden. So möchte Lauterbach zwar weiterhin die Gründung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren (MVZ) stärken. Aber die Einführung von Gesundheitskiosken, die niedrigschwellige Anlaufstellen in unterversorgten ländlichen Gebieten oder strukturschwachen Stadtvierteln bilden sollten, steht nicht mehr im Gesetzentwurf. „Patient*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf muss stärker geholfen und die Versorgung besser koordiniert werden. Die Gesundheitskioske könnten in benachteiligten



Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Viele niedergelassene Ärzt*innen sind über 65 und gehen in Rente.

Regionen helfen, dies zu kompensieren“, sagt dazu Engelmeier. Ohne die Stärkung der ambulanten Versorgungsstruktur werde das Gesetz seinem Namen kaum gerecht. „Wir hoffen, dass die Regelung im parlamentarischen Verfahren wieder ins Gesetz aufgenommen wird.“

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende betont, dass eine Vernetzung mit bestehenden Strukturen und Netzwerken nötig sei, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Soweit Gesundheitskioske unabhängig vom Versicherungsstatus und vermehrt zur sozialen Situation berieten, müsse sich das auch bei der Finanzierung widerspiegeln. Ein zu hoher Kos-

tenanteil der Beitragszahlenden sei nicht gerechtfertigt: „Für Sozialarbeit sind die Kommunen verantwortlich, nicht die Beitragszahlenden.“

Immer mehr Ärzt*innen gehen in den Ruhestand

Das ambulante Versorgungsnetz dünnt immer mehr aus, weil viele niedergelassene Hausärzt*innen der geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Bundesweit liegt der Anteil der Ärzt*innen, die mindestens 65 Jahre alt sind, bei 16,2 Prozent. Ein Förderprogramm für zusätzliche Medizinstudienplätze wurde aus Kostengründen gestrichen. *Veronica Sina*

Klinik-Atlas ist gestartet

Das Gesundheitsministerium hat Ende Mai die ersten Funktionen des Online-Transparenzregisters für Kliniken zur Verfügung gestellt.

Alle knapp 1.700 deutschen Kliniken sind mit ihren 16,5 Millionen Behandlungsfällen in dem Online-Portal erfasst. Während Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) den Start des Bundes-Klinik-Atlases als „wichtigen Schritt für die Krankenhausreform“ sieht, kommt neben Zuspruch auch Kritik aus verschiedenen Richtungen.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier begrüßte den Klinik-Atlas grundsätzlich: „Er verfolgt das Ziel, Information und Aufklärung zu verbessern, indem er Leistungsangebote und Qualitätsaspekte der stationären Versorgung veröffentlicht.“

Eine transparente und leicht verständliche Informationsmöglichkeit sei wesentliche Voraussetzung dafür, eine selbstbestimmte und qualitätsorientierte Auswahlentscheidung für die jeweilige Behandlung treffen zu können. Es werde sich zeigen, wie groß der gebotene Mehrwert für die Patient*innen wirklich sei. „Um den Erwartungen gerecht zu werden, bedarf es einer noch stärkeren Orientierung am Patienten in der Ausgestaltung“, so Engelmeier. *veo*

Rentenreform in Kürze im Kabinett – Änderungen an den bisherigen Plänen nicht ausgeschlossen

Rentenpaket jetzt doch auf dem Weg?

Nach regierunginternem Streit und erheblichen Verzögerungen will die Bundesregierung am 29. Mai im Bundestag das Rentenpaket beschließen (Anmerkung der Redaktion: Das Datum liegt einen Tag nach dem Druck der SoVD-Zeitung). Es geht um die Sicherung des Rentenniveaus und die Absicherung der Rente in Zukunft. Das kostet viel Geld. Kurz vor knapp hat das Finanzministerium, das den Entwurf blockiert hatte, ihn am 24. Mai freigegeben.

Ursprünglich wollte die Ampelregierung die Reform bereits am 8. Mai auf den Weg bringen. Damit wollen Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) das Rentenniveau stabilisieren und den auch dadurch erwarteten Anstieg der Rentenbeiträge über eine Anlage am Kapitalmarkt abbremsen.

Schon Anfang März hatten Lindner und Heil ihren Gesetzentwurf dazu vorgelegt. Es folgten Detailabstimmungen in der Regierung. Nach zwei Monaten kam dann der vorläufige Stopp: Das Finanzministerium blockierte eine Verabschiedung im Kabinett, weil unabhängig davon mehrere Ministerien hohe Ausgabenwünsche für den Bundeshaushalt 2025 vorgelegt hatten – vor allem zulasten sozi-

aler Ausgaben. Lindner hatte im Vorfeld auf einen strikten Sparkurs gedrungen. Nach der geplanten Verabschiedung in der Minister*innenrunde könnte das Gesetz in den anschließenden Beratungen im Bundestag noch verändert werden.

Rentenniveau langfristig auf 48 Prozent halten

Das Absicherungslevel der Rente – aktuell 48,2 Prozent – soll zunächst bis 2040 bei 48 Prozent gehalten werden. Ohne eine solche Festlegung würde es im Vergleich zur Lohnentwicklung sinken. Denn Millionen Babyboomer mit Geburtsjahren in den 1950er- und 1960er-Jahren gehen dann in den Ruhestand: Die Ausgaben der Rentenversicherung steigen, ihre Beitragseinnahmen sinken.

Laut Gesetzentwurf dürften die Rentenausgaben bis 2045 von derzeit 372 auf rund 800 Milliarden Euro steigen, auch zur Finanzierung des 48-Prozent-Rentenniveaus. Im zweiten Teil des geplanten Rentenpaketes will die Regierung bis Mitte der 2030er-Jahre mindestens 200 Milliarden Euro am Aktienmarkt anlegen. Im Startjahr will der Bund dazu zunächst zwölf Milliarden Euro Schulden aufnehmen. Aus den Kapitalerträgen sollen in Zukunft jährlich zehn Milliarden Euro an die Rentenversicherung fließen. Das soll verhindern, dass die Beiträge noch stärker steigen als zu erwarten. Die Regierung rechnet so mit einem Beitragsanstieg von aktuell 18,6 Prozent bis 2045 noch auf 22,3 Prozent.

Die FDP dringt darauf, dass die Schuldengrenze eingehalten



Foto: Kiryakova Anna / Adobe Stock

Auch die vorgezogene Altersrente ohne Abschläge steht infrage.

wird. Auf einem Parteitag im April hatte sie eine Reform des Rentenpakets angeregt.

Die Rente spielt auch bei den weiteren Forderungen der Liberalen nach Einsparungen in der Sozial- und Rentenpolitik eine Rolle: Sie fordern die Abschaffung der sogenannten Rente mit 63, also der vorgezogenen Altersrente ohne Abschläge ab

45 Jahren Versicherungszeit. Bis 2023 ist die Grenze für die vorgezogene Rente auf 64 Jahre und 4 Monate gestiegen, bis 2029 soll sie bei 65 Jahren liegen.

Der SoVD wird die Rentendebatte weiterhin kritisch begleiten und in der nächsten Ausgabe der SoVD-Zeitung erneut berichten, unter anderem mit einem Interview. *Veronica Sina*

Seit Mai bietet die UPD wieder Unterstützung bei Fragen zur Gesundheit an

Neustart der Patientenberatung

Ende des vergangenen Jahres hatte die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) ihren Dienst eingestellt. Umgewandelt in eine von den Krankenkassen finanzierte Stiftung ging sie nun wieder an den Start. Im Stiftungsrat bringt sich auch der SoVD ein. Dennoch betrachtet die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier das Finanzierungsmodell der UPD mit gemischten Gefühlen. Denn bei den Beratungen, so Engelmeier, gehe es oftmals um Auseinandersetzungen mit Krankenkassen.

Stefan Schwartze ist der Patientenbeauftragte des Bundes und zudem Vorsitzender des UPD-Stiftungsrates. Angesichts der Wiederaufnahme von telefonischen Beratungen zeigte sich Schwartze zufrieden und sagte, man schließe damit eine fast sechsmonatige Versorgungslücke.

Entstanden war diese Lücke, nachdem es an der vorherigen Trägerschaft der UPD durch einen privaten Gesundheitsdienstleister zunehmend Kritik gegeben hatte – auch vonseiten des SoVD. Gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen forderte der Verband immer wieder eine neutrale und von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Beratung. Intensiv wirkte der SoVD daher auf den Neustart der UPD hin und begleitete den Gründungsprozess der Stiftung.

Patientenberatung soll eine Hilfestellung bieten

Seit Anfang Mai stehen nun am Telefon wieder insgesamt 40 Fachleute zur Verfügung. Sie sollen Anrufer*innen durch das Gesundheitssystem lotsen, ihnen geeignete Anlaufstellen vermitteln oder bei rechtlichen Fragen und Auseinandersetzungen mit der Krankenkasse weiterhelfen. Diagnosen oder Zweitmeinungen bietet die UPD allerdings nicht an. Ebenso empfehlen die Expert*innen keine einzelnen Praxen oder



Foto: Syda Productions / Adobe Stock

Oftmals sind es gerade Streitigkeiten mit der Krankenkasse, die Menschen dazu veranlassen, bei der UPD anzurufen.

Krankenhäuser und können auch keine Behandlungstermine vermitteln.

Sven Arndt ist einer von zwei Vorständen der neuen UPD. Er erklärte, man gehe zunächst von rund 100 Anfragen pro Tag aus, wolle aber das Angebot insgesamt zügig ausbauen. So sollen in der zweiten Jahreshälfte schrittweise regionale Beratungsstellen hinzukommen.

Beratung sollte möglichst wohnortnah verfügbar sein

Gerade diese Anlaufstellen vor Ort sind aus Sicht des SoVD wichtig für einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsberatung. Das Anliegen, so viele Menschen wie möglich zu erreichen, teilt

auch der Patientenbeauftragte. Schwartze äußerte den Wunsch, dass sich mit der neuen UPD auch etwas an der gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland ändert. Deshalb dürfe und wolle man sich explizit nicht auf eine telefonische Beratung beschränken.



Info

Die UPD berät anonym unter der kostenfreien Beratungsnummer: 0800/0 11 77 22. Diese ist erreichbar montags, dienstags und donnerstags von 9.30 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr sowie mittwochs und freitags von 9.30 bis 14 Uhr.

Aktionen sollen auf Gefahren aufmerksam machen

Hitzeaktionstag 2024

Auch in Deutschland wird Hitze zum wachsenden Gesundheitsrisiko. Trotzdem ist das Bewusstsein für die damit einhergehenden Gefahren nicht ausreichend geschärft, sind Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Personen noch unzureichend. Der bundesweite Hitzeaktionstag am 5. Juni will darauf aufmerksam machen.

Im Sommer ist erneut mit extrem hohen Temperaturen zu rechnen. Der SoVD drängt daher auf verstärkte Bemühungen zur Hitzeprävention. Aus Sicht des Verbandes braucht es hierfür gezielte Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen. An oberster Stelle sollte dabei der Schutz vulnerabler Gruppen, wie zum Beispiel älterer Menschen, stehen.

Wie vielfältig Hitzeschutz sein kann und wie sich dieser erreichen lässt, darüber will am 5. Juni der Hitzeaktionstag aufklären. Beteiligten können sich Institutionen, Verbände oder auch Einzelpersonen. *jos*
Mehr Details finden Sie online unter: www.hitzeaktionstag.de.



Foto: New Africa / Adobe Stock

Hohe Temperaturen machen vor allem in den Städten immer mehr Menschen zu schaffen.

Inflationsausgleich auch für Rentner*innen

150.000 Menschen unterstützen Petition

Gemeinsam mit dem SoVD fordern immer mehr Menschen einen Inflationsausgleich für Rentner*innen. Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten sammelte hierfür auf Listen und online in kurzer Zeit rund 150.000 Unterschriften.

Über die Plattform „WeAct!“ erreichte die Online-Petition „3.000 Euro Inflationsausgleich auch für Rentner*innen! Jetzt!“ in den letzten Wochen große Beachtung. Darüber hinaus haben viele Menschen auch auf ausgedruckten Unterschriftenlisten unterschrieben, die unter anderem die SoVD-Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Verfügung gestellt hatten. Diese Aktion endete jedoch am 31. Mai.

Direkt zu der Petition gelangen Sie online unter www.sovd.de.

SoVD im Gespräch



Der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz unterhielt sich mit Michaela Engelmeier über die Forderungen des SoVD.

Austausch auf dem Parteitag der CDU

Anfang Mai fand in Berlin der Parteitag der Christlich Demokratischen Union (CDU) Deutschlands statt. Auf dem Programm stand unter anderem die Neuwahl des Bundesvorstandes. Zudem beschlossen die Delegierten ein neues Grundgesetzprogramm der Partei und eröffneten die heiße Phase des Europawahlkampfes.

Wie bereits zuvor bei den Parteitagen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD war der SoVD auch auf dieser Veranstaltung vertreten. Nicht

zuletzt mit Blick auf die anstehenden Wahlen bleibt für den Verband der enge Diskurs mit allen demokratischen Kräften unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund führte die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier denn auch zahlreiche Gespräche mit den Delegierten des Bundesparteitages.

An einem eigenen Stand informierte der SoVD über seine sozialpolitischen Positionen. Auch der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, besuchte den SoVD-Stand. Als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) gilt Laumann als das „soziale Gewissen“ der CDU.



Fotos: SoVD

Auf dem Bundesparteitag der CDU war auch der SoVD mit einem Informationsstand vertreten. Für Fragen und inhaltliche Gespräche stand dort neben zahlreichen Mitarbeitenden auch die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (3. v. li.) zur Verfügung.



Von sozialen Standards über Umweltschutz bis Inklusion – SoVD Das sind die Positionen der

Über einen Zeitraum von vier Tagen können die Bürger*innen der Europäischen Union (EU) darüber mitentscheiden, wer sie künftig im Europäischen Parlament vertritt. In Deutschland findet die Europawahl am 9. Juni statt. Erstmals dürfen dabei auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. In den letzten Jahren haben sich viele wichtige politische Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagert. Gleichzeitig haben zahlreiche Krisen oder auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine deutlich gemacht, wie wichtig der Zusammenhalt der EU-Staaten ist.

Soziale Mindeststandards: Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Gesundheitsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter eingeführt werden müssen?

Die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten sind historisch gewachsen und weisen entsprechend erhebliche Unterschiede auf. Europaweit einheitliche Vorgaben zu machen, wäre ein zu starker Eingriff in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

In jedem EU-Staat sollte es eine gute medizinische Versorgung geben, aber eine Vereinheitlichung der Gesundheitssysteme lehnen wir ab. Da die Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, sind Mindeststandards nicht der richtige Weg. Gleiches gilt auch für die Grundversicherung. Die EU-Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft selbst über die Höhe der Grundsicherungsleistungen entscheiden.

Wir wollen, dass in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union solide Netze sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenrichtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Grundsicherungsleistungen ein. Mindestsicherungsleistungen müssen eine angemessene, armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Unterstützungsleistungen zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass unfreiwillige und armutsbedingte Migration innerhalb der Europäischen Union reduziert wird.

Ja. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die EU einen fairen Rahmen schafft, in dem die Mitgliedstaaten auch im Bereich ihrer Mindestsicherungssysteme die Würde eines jeden Menschen, frei von existenzieller Armut leben zu können, sichern.

Über 95 Millionen Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe

Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen.

Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards. Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert, Regelungen zu treffen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in der EU und in den europäischen Mitgliedstaaten weiter auf. Hohe Preise tragen dazu

bei, dass viele Menschen Wohnen, Essen, den Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe nicht mehr abdecken können. Die Linke hat sich maßgeblich für ein europäisches Mindesteinkommen eingesetzt: In allen Mitgliedstaaten müssen soziale Sicherungssysteme ein Leben oberhalb der offiziellen Armutsschwelle gewährleisten. Das wollen wir zu einer verbindlichen Richtlinie machen.

Auch für die Gesundheitsversorgung muss die EU verbindliche Mindeststandards setzen, die allen in der EU lebenden Menschen garantiert werden. Diese Mindeststandards sollten Umfang und Qualität der Versorgung bestimmen. Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten haben, dies abzusichern, müssen Unterstützung erhalten.

Sozialverträglicher Umwelt- und Klimaschutz: Welche Maßnahmen planen Sie auf EU-Ebene, um den Klima- und Umweltschutz voranzubringen und dabei die soziale Verträglichkeit zu gewährleisten?

Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050 setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasiertere Instrumente: mit Emissionshandel mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. So wollen wir den Green Deal im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln. Zudem ist es uns wichtig, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern und Deutschland noch besser an den Klimawandel anzupassen. Der Schutz der Biodiversität und kostbarer Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsvisionen und sind daher als unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Als Sozialdemokratie stehen wir für einen sozialen Klimaschutz, der alle Bürger:innen auf diesem Weg mitnimmt. Transformation

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

und soziale Gerechtigkeit denken wir zusammen. Nur eine soziale Klimapolitik, die die unvermeidbaren Lasten gerecht verteilt, Unterstützung für alle anbietet, die sie benötigen, und die Anreize wirkungsvoll und gezielt setzt, hat Aussicht auf Erfolg. Um das zu erreichen, wollen wir beispielsweise Energiegenossenschaften stärken, damit die Anwohnenden von der Erzeugung erneuerbarer Energie direkter profitieren. Im Wärmebereich fordern wir kollektive Lösungen wie z.B. Fernwärme oder Quartierslösungen vor individuellen Systemen wie dem Einbau von Einzelwärmepumpen. Individuelle Sanierungspflichten für Privatpersonen lehnen wir ab. Den Klima-Sozialfonds auf EU-Ebene wollen wir so gestalten, dass die Mittel daraus möglichst unbürokratisch abgerufen werden können.

Die Linke fordert eine soziale und ökologisch gerechte Klimapolitik: klare Vorgaben für die Unternehmen und echte Alternativen für die Menschen. Wir streiten für eine Energiewende mit gemeinnützigen Energieerzeugern und sozial gestaffelten Preisen. Für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, der sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen schafft. Zur Entlastung von den CO₂-Preisen fordern wir ein soziales Klimageld, das Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unterstützt. Wir stehen ein für eine Agrarwende ohne Massentierhaltung und mit Subventionen, die bessere Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit statt nur (große)

Sozialverträglicher Klimaschutz ist effizienter Klimaschutz, der marktwirtschaftliche Anreize setzt, Emissionen jeweils dort zu vermeiden, wo es zu den geringsten Kosten möglich ist. Das einzige Klimaschutzinstrument, das zugleich die Klimaziele zuverlässig erreicht und Kosten minimiert, ist ein einheitlicher Emissionshandel in allen Sektoren. Daher unterstützen wir die Weiterentwicklung der beiden EU-Emissionshandelssysteme ETS 1 und 2 zu einem einzigen sektorübergreifenden System. Zugleich wollen wir ordnungsrechtliche Maßnahmen beenden, die bei einem funktionierenden Emissionshandel keinen zusätzlichen Klimaschutzeffekt aufweisen, dafür aber zusätzliche Kosten verursachen.

Die Klima- und Energiepolitik der EU setzt vor allem auf den Markt und steigende CO₂-Preise. Doch der Markt regelt es nicht: Die Strompreise explodieren, während sich Konzerne bereichern. Die Energiearmut in der EU steigt. Die CO₂-Preise treffen jene besonders hart, die ohnehin schon Runden kommen – für Superreiche ist das Kleingeld.

Die Linke fordert eine soziale und ökologisch gerechte Klimapolitik: klare Vorgaben für die Unternehmen und echte Alternativen für die Menschen. Wir streiten für eine Energiewende mit gemeinnützigen Energieerzeugern und sozial gestaffelten Preisen. Für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, der sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen schafft. Zur Entlastung von den CO₂-Preisen fordern wir ein soziales Klimageld, das Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unterstützt. Wir stehen ein für eine Agrarwende ohne Massentierhaltung und mit Subventionen, die bessere Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit statt nur (große)

stellt die Kandidat*innen demokratischer Parteien auf die Probe Parteien zur Europawahl

Themen wie Migration, Klima und Sicherheit bestimmen derzeit die öffentliche Diskussion und dürften auch eine wichtige Rolle bei der anstehenden Wahl spielen. Zu diesen wie auch weiteren Inhalten hat der SoVD daher die demokratischen Parteien mit den Standpunkten des Verbandes konfrontiert und sie zu ihren jeweiligen Positionen befragt (siehe hierzu auch „Blickpunkt“ auf Seite 1). Einen Teil der Antworten finden Sie auf diesen Seiten, um die kompletten Wahlprüfsteine zu lesen, gehen Sie bitte im Internet auf die Seite www.sovd.de/europawahl2024.

Flächen fördert. Für eine Verkehrswende mit Bus- und Bahnausbau statt immer größeren und schwereren Autos: Wir wollen Alternativen schaffen, mit kostenfreiem ÖPNV in ganz Europa.

Inklusion: Welche Initiativen ergreifen Sie, damit Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens besser teilhaben können, so wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, und ihnen ein besserer Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten geboten wird?

Europa inklusiver gestalten heißt für uns, es für alle Europäerinnen und Europäer erreichbar zu machen. Mit dem europäischen Behindertenausweis, der als zusätzliches Dokument das barrierefreie Reisen in der EU vereinfachen wird, kommen wir einen wichtigen Schritt voran. Ein Informationsportal für barrierefreies Reisen soll weitere Hürden abbauen. Zudem unterstützen wir die EU darin, einzelstaatliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen zu ergänzen, damit gleichberechtigte Teilhabe, Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen in ganz Europa sichergestellt werden können.

In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. Das betrifft die analoge wie auch die digitale Barrierefreiheit. Zur gleichberechtigten Teilhabe gehören für uns auch Mitentscheidung, Mitgestaltung und Mitverantwortung. Das gilt auch auf europäischer Ebene. Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nach

stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen Behindertenausweis sowie die Verbesserung des europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen ein, mit dem Ziel, Teilhabebarrrieren abzubauen und Nachteilsausgleiche im Bereich der Mobilität, Kultur, Freizeit und dem Sport zu nutzen. So sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen europäischen Mitgliedstaaten geltend gemacht werden.

Die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Mitgliedstaaten ist uns Verpflichtung, alle Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen die Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Das Werkstattnetz soll in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickelt werden. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten fristgerecht umgesetzt wird.

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns für Inklusion auf EU-Ebene stark gemacht. Unsere Fraktion Renew Europe, der wir im europäischen Parlament als FDP angehören, war die treibende Kraft hinter dem erst kürzlich beschlossenen EU-Behindertenausweis sowie dem europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen. Auch in der kommenden Legislaturperiode



Fotos: European Union
Ein Parlament, zwei Orte: Während die Sitzungen des EU-Parlamentes in Straßburg stattfinden (Bild in der Mitte sowie rechts), tagen die parlamentarischen Ausschüsse in Brüssel (Bild oben links).



werden wir uns weiter für die Inklusion von Menschen mit Behinderung auf EU-Ebene einsetzen. Die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen und ihre Einbindung in den europäischen Zusammenhang müssen spürbar und konkret verbessert werden. Wir streben diskriminierungsfreie und unbürokratischere Zugangsbedingungen bei Vergünstigungen und bei zeitlich befristeten Aufenthalten auf Hilfeleistungen nach dem jeweiligen nationalen Recht an.

Die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist ein zentrales Anliegen unseres Europawahlprogramms. Wir streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der die Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderungen geachtet und gefördert werden, der Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten verbessert und eine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird: Wir treiben die Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie voran. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung wollen wir abschaffen. Wir streiten für ein inklusives Bildungssystem und einen inklusiven Arbeitsmarkt mit gesetzlichem Mindestlohn für Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen und Leben. Barrierefreiheit soll in Kommunen, ÖPNV und Privatwirtschaft verpflichtend sein. Auch digitale Barrierefreiheit und barrierefreie Kommunikation muss gewährleistet sein. Wir wollen einen europäischen Behindertenausweis. Wir wollen inklusive Strukturen schaffen und Teilnahme an demokratischen Prozessen ermöglichen. Dafür müssen auch technische Mittel für die Wahrnehmung des Wahlrechts bereitstehen. Diskriminierungen in Rechtsverfahren müssen aufgehoben werden.

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns für Inklusion auf EU-Ebene stark gemacht. Unsere Fraktion Renew Europe, der wir im europäischen Parlament als FDP angehören, war die treibende Kraft hinter dem erst kürzlich beschlossenen EU-Behindertenausweis sowie dem europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen. Auch in der kommenden Legislaturperiode

werden wir uns weiter für die Inklusion von Menschen mit Behinderung auf EU-Ebene einsetzen. Die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen und ihre Einbindung in den europäischen Zusammenhang müssen spürbar und konkret verbessert werden. Wir streben diskriminierungsfreie und unbürokratischere Zugangsbedingungen bei Vergünstigungen und bei zeitlich befristeten Aufenthalten auf Hilfeleistungen nach dem jeweiligen nationalen Recht an.

Die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist ein zentrales Anliegen unseres Europawahlprogramms. Wir streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der die Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderungen geachtet und gefördert werden, der Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten verbessert und eine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird: Wir treiben die Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie voran. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung wollen wir abschaffen. Wir streiten für ein inklusives Bildungssystem und einen inklusiven Arbeitsmarkt mit gesetzlichem Mindestlohn für Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen und Leben. Barrierefreiheit soll in Kommunen, ÖPNV und Privatwirtschaft verpflichtend sein. Auch digitale Barrierefreiheit und barrierefreie Kommunikation muss gewährleistet sein. Wir wollen einen europäischen Behindertenausweis. Wir wollen inklusive Strukturen schaffen und Teilnahme an demokratischen Prozessen ermöglichen. Dafür müssen auch technische Mittel für die Wahrnehmung des Wahlrechts bereitstehen. Diskriminierungen in Rechtsverfahren müssen aufgehoben werden.

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns für Inklusion auf EU-Ebene stark gemacht. Unsere Fraktion Renew Europe, der wir im europäischen Parlament als FDP angehören, war die treibende Kraft hinter dem erst kürzlich beschlossenen EU-Behindertenausweis sowie dem europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen. Auch in der kommenden Legislaturperiode

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns für Inklusion auf EU-Ebene stark gemacht. Unsere Fraktion Renew Europe, der wir im europäischen Parlament als FDP angehören, war die treibende Kraft hinter dem erst kürzlich beschlossenen EU-Behindertenausweis sowie dem europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen. Auch in der kommenden Legislaturperiode





Personalien

Dirk Swinke feiert am 8. Juni seinen 60. Geburtstag. Er ist Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen und Mitglied im Zukunftsausschuss auf Bundesebene. 17 Jahre war Swinke Landesgeschäftsführer, zudem Mitglied im Landesvorstand und im Finanzausschuss des Bundesverbandes. Im Verband ist er schon seit 1990.



Foto: Martin Bargiel

Am 9. Juni begeht **Siegrid Tenor-Alschausky** ihren 70. Geburtstag. Das Mitglied der SoVD-Bundeskonferenz gehört in Schleswig-Holstein dem Gesamtlandesvorstand an.

Seit 2014 im SoVD, engagiert sich Tenor-Alschausky auch im Sozialpolitischen Ausschuss des Landesverbandes. Sie ist 1. Kreisvorsitzende in Pinneberg.



Foto: Frank Peter

Start ist am 12. Oktober ab 10 Uhr auf dem Tempelhofer Feld in Berlin

Beim Inklusionslauf dabei sein

Das inklusive Sportevent des SoVD geht in die nächste Runde. Organisatorische Gründe haben eine Verschiebung vom Juni in den Oktober nötig gemacht. Jetzt wird alles vorbereitet, damit die Teilnehmenden im Herbst viel Spaß auf dem früheren Flughafengelände haben können.

Der SoVD-Inklusionslauf steht für ein barrierefreies Sporterlebnis unabhängig von Behinderungen oder Alter. Hier kann am 12. Oktober jede*r mit Hilfsmitteln und Unterstützung teilnehmen. Rund um die Strecke wartet außerdem ein buntes Rahmenprogramm.

Auf www.inklusionslauf.de können sich Interessierte anmelden, um selbst mitzumachen. Es gibt 800 Startplätze für verschiedene Disziplinen. Dazu gehören Langstrecken von 1 bis zu 10 Kilometern und natürlich auch wieder viele inklusive Staffeln für jeweils vier Teilnehmende.



Foto: Denny Brückner

Gemeinsam läuft und rollt es sich gleich viel besser. Der nächste SoVD-Inklusionslauf findet am 12. Oktober statt.

Online-Programm unterstützt Betroffene

Hilfe bei Bluthochdruck

Fast jede*r dritte Erwachsene in Deutschland hat Bluthochdruck. Darauf wies zuletzt der AOK-Bundesverband hin. Zur Prävention bietet die Krankenkasse einen kostenlosen Online-Coach an.

Zu den wichtigsten Ursachen von Hypertonie gehören Stress, Bewegungsmangel und Übergewicht sowie ein zu hoher Konsum von Salz und Alkohol. Bluthochdruck erhöht unter anderem das Risiko für Herzmuskel- und Nierenschwäche oder für einen Schlaganfall. Die gute Nachricht ist: Mit dem richtigen Wissen können Betroffene etwas für ihre Gesundheit tun.

Nutzer*innen des Online-Coaches lernen anhand von Filmen, Animationen und Übungen, wie sie ihren Blutdruck durch Entspannungstechniken sowie durch gesunde Ernährung und regelmäßige Bewegung gezielt regulieren können. Das Programm bietet ebenfalls Vorlagen für individuell anpassbare Trainingspläne sowie für die Dokumentation von selbst gemessenen Blutdruckwerten.

Wenn Sie den Online-Coach ausprobieren möchten, gehen Sie im Internet auf die Seite: <https://bluthochdruck.aok.de>.

Ampelkoalition bleibt hinter Ziel zurück – Bestand schrumpft, statt zu wachsen

Noch weniger Sozialwohnungen

Die Regierung verfehlt ihr Vorhaben, jedes Jahr für 100.000 neue Sozialwohnungen zu sorgen. Im Gegenteil: Der Bestand schrumpft immer weiter, wie jetzt bekannt wurde. Aus Sicht des SoVD ist das Wohnen längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. Der Verband fordert mehr Einsatz von der Politik und hat im Impulspapier „Gutes Wohnen. Überall. Für alle“ Lösungswege aufgezeigt.

Die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland ist 2023 erneut zurückgegangen. Zum Jahresende gab es bundesweit rund 1,072 Millionen solches Wohnraumes für Menschen mit kleinen Einkommen; rund 15.300 weniger als 2022, wie nachgefragte Zahlen der Bundesregierung besagen.

Neu gefördert wurde 2023 der Bau von 49.430 Sozialwohnungen. Die Regierung hatte erklärt,

jährlich für 100.000 neue davon zu sorgen. Die Zahl sinkt seit Jahren. Einer der Hauptgründe ist: Viele ehemalige Sozialwohnungen fallen aus der Mietpreisbindung heraus und werden dann teurer vermietet. Der Schwund nahm zuletzt noch zu. 2022 waren rund 14.000 Wohnungen weggefallen.

Der bundesweite Check fällt unterschiedlich aus. In Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rhein-

land-Pfalz, Brandenburg und Niedersachsen sank der Bestand vierstellig. In Bayern und Baden-Württemberg nahm er um mehr als tausend Wohnungen zu.

Besonders viele Neuförderungen gab es in den bevölkerungsreichsten Bundesländern NRW und Bayern, gefolgt von Berlin und Hamburg. Die meisten Sozialwohnungen hatten NRW mit 426.755, Bayern mit 134.793 und Berlin mit 99.849. *veo/dpa*



SoVD im Gespräch



V. li.: Michaela Engelmeier, Dr. Tanja Machalet und SoVD-Referentin Henriette Wunderlich.

Treffen mit Tanja Machalet

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich mit Dr. Tanja Machalet, Bundestagsabgeordnete und rentenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

In ihrem Austausch ging es um das zweite Rentenpaket und dabei vor allem um die Notwendigkeit, die Renten stabil zu halten. Deshalb müsse das Paket jetzt endlich auf den Weg gebracht werden, betonte Engelmeier.

Weitere Themen waren die Erwerbstätigenversicherung, Verbesserungen bei der Grundrente und Rückmeldungen aus der Sozialberatungspraxis des SoVD.

Zu Besuch bei Frank Schäffler

Michaela Engelmeier und Fabian Müller-Zetzsche, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, besuchten den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler (FDP) im Deutschen Bundestag.

Neben dem allgemeinen Kennenlernen waren weitere Gesprächsthemen die Haushaltsfinanzierung, das zweite Rentenpaket, die „Rente mit 63“ und die Kindergrundsicherung. Engelmeier lud Schäffler dabei zu einem Besuch beim SoVD in seinem Wahlkreis ein, um ihm die Sozialberatung des Verbandes vor Ort näherzubringen.



V. li.: Frank Schäffler (FDP), Michaela Engelmeier und Fabian Müller-Zetzsche.



Talk mit (v. li.) Moderatorin Kirstin Becker, Thomas Heilmann (CDU), Matthias Miersch (SPD) und Andreas Audretsch (B 90 / Die Grünen).

Die Teilnehmenden im Saal wurden am Diskurs intensiv beteiligt und brachten sich mit kritischen Fragen und Standpunkten ein.

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier im Plenum.

2. Tagung Sozial-Klimarat – Studien zeigen geringes Vertrauen in die Politik bei der Umsetzung von Klimaschutz

Problembewusstsein, aber auch Zukunftsängste

Einmal gesetzte Klimaziele müssen erreicht werden. Darüber besteht ein großes Einverständnis in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Uneinigkeit gibt es jedoch beim „Wie“. Denn nicht alle klimapolitische Maßnahmen sind auch sozial gerecht. Vor allem deshalb, weil die Haushalte in Deutschland dafür sehr unterschiedliche Umsetzungsvoraussetzungen mitbringen. „Wie kann sozial gerechte Klimapolitik organisiert werden?“, war vor diesem Hintergrund das Thema der zweiten Tagung des Sozial-Klimarates. An der Veranstaltung in Berlin war der SoVD erneut aktiv beteiligt.

„Wir sind stolz darauf, dass wir es geschafft haben, viele Organisationen, Denkerinnen und Denker, Planerinnen und Planer zusammenzukriegen, die uns ihre Gedanken und Ergebnisse mitteilen können“, stellte Thomas Losse-Müller, Geschäftsführer des Sozial-Klimarates, zu Veranstaltungsbeginn fest.

„Dass der Blick auf die soziale Komponente wichtig ist, sehen wir in der Debatte um den Bundeshaushalt, in der Debatte um Steuereinsparungen, in der Debatte, dass in einem Sozialstaat auch gespart werden soll und so manches, was in Sachen Klimaschutz auf den Weg gebracht werden soll, nun zu einer Neuüberprüfung ansteht“, hatte zuvor Alfred Bornhalm, ehemaliger SoVD-Präsident, bei der Begrü-

ßung der Teilnehmenden festgestellt. Mit dem Sozial-Klimarat sei die Möglichkeit gegeben, gemeinsam Positionen und Herangehensweisen zu erörtern und dabei den Blick für die Menschen nicht zu verlieren.

Den Auftakt für den Austausch bildeten zwei Studien der Bertelsmann Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zur Akzeptanz von Klimaschutz. Projektmanagerin Sara Holzmann und Max Ostermayer, Referent für Klima, Energie und Umwelt (FES), trugen die Ergebnisse vor.

Demnach gibt es zunächst ein großes Problembewusstsein: 76 Prozent der Befragten denken, dass der Klimawandel auch heute schon große Probleme verur-

sacht und nicht erst in 50 Jahren. 70 Prozent sind der Auffassung, dass Klimaziele eingehalten werden müssen. Der Einsicht steht jedoch ein geringes Vertrauen in die Politik gegenüber: So sind nur 25 Prozent der Auffassung, dass die Regierung derzeit einen klaren Plan für den Klimaschutz in Deutschland hat.

Und während eine große Mehrheit von 70 Prozent der Energiewende und 55 Prozent der Verkehrswende zustimmen, haben viele Bürger*innen gleichzeitig negative Zukunftserwartungen. Diese betreffen vor allem die Auswirkungen der ökologischen Transformation auf Wohlstand, Wohnen, Lebenshaltung, Arbeitsplätze, gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit.



alle Fotos: Wolfgang Borrs

„Klimaschutz sollte nicht Privatangelegenheit sein. Der Staat muss ihn als Daseinsvorsorge verstehen und massiv investieren“, ist Thomas Losse-Müller, Geschäftsführer des Sozial-Klimarates, überzeugt.

Die Ergebnisse der Studien ergänzte ein klimapolitisches Lagebild auf Basis von „Personas“ – 16 anhand soziographischer Daten und Merkmale erstellter fiktiver Personen, die jeweils für die Teilhabemöglichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen an der Klimapolitik stehen. Anhand dessen wurde anschließend mit Vertreter*innen der Politik sowie in verschiedenen

Workshops über den Tag verteilt diskutiert und gearbeitet. Fazit: Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn ihre Verteilungswirkungen und sozialen Folgen für die Bevölkerung akzeptabel sind – objektiv und subjektiv. Denn fest steht: Ohne gesellschaftlichen Rückhalt wird das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu sein, nicht zu erreichen sein.

Veronica Sina



Max Ostermayer
(Friedrich-Ebert-Stiftung)

„Es gibt die Überzeugung, dass gut gemachte Klimaschutzpolitik ein Wohlstandsmotor sein kann, aber es fehlt das Vertrauen in die politisch Handelnden, dass das auch gelingt.“



Sara Holzmann
(Bertelsmann Stiftung)

„Wir müssen auch die Kommunikation verbessern. Viele Menschen sind nicht gut informiert, was Klimapolitik betrifft, und auch aus diesem Grund ist Verunsicherung da.“



Matthias Miersch
(MdB, SPD)

„Ohne Investitionen wird Klimaschutz nicht funktionieren – man kann nicht alles über den Preis regulieren! (...) Sonst verlieren wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“



Andreas Audretsch
(MdB, Bündnis 90 / Die Grünen)

„Zentral ist, ob wir es organisiert bekommen, soziale Sicherheit zu geben, damit Menschen bereit sind, die Veränderungen mit uns anzugehen. Wir müssen stärker von den Bedarfen ausgehen.“



Thomas Heilmann
(MdB, CDU)

„Wir möchten das normale Fahren verteuern, damit Geld in die Kasse kommt und wir dann über das Klimageld dafür sorgen können, dass sich alle ein E-Fahrzeug leisten können.“

Kurz berichtet

Auswertung von Daten der TK

Pflegekräfte häufig krank

Krankheitsbedingte Ausfälle von Pflegekräften in Heimen und Kliniken haben einer aktuellen Untersuchung zufolge zugenommen. Wie die Techniker Krankenkasse (TK) auf Basis eigener Versichertendaten ermittelte, waren die dort tätigen Pflegekräfte 2023 im Schnitt 29,8 Tage krankgeschrieben. 2022 waren es noch 28,8 Tage und 2021 noch 23,3 Tage gewesen.

Besonders angespannt ist die Lage demnach mit 34,2 Krankheitstagen in der Altenpflege. Den Zahlen zugrunde liegen die Daten von 5,7 Millionen versicherten Erwerbstätigen aus allen Berufen. *veo/dpa*

Wichtig für Erhalt der Rente

Neue Adresse mitteilen

Für den Rentenbezug muss dem Rentenversicherungsträger die aktuelle Adresse vorliegen. Rentenempfänger*innen sollten deshalb nach einem Umzug – egal, ob im Inland oder ins Ausland – umgehend eine Änderungsmitteilung vornehmen.

Andernfalls können die Zahlungen vorläufig ausgesetzt werden. Weil der Rentenservice der Deutschen Post die Rentenzahlungen überweist, sind etwaige Adressänderungen dort zu hinterlegen. Besonders bequem geht das online unter www.rentenservice.de. Von dort wird man direkt auf die Übersichtsseite der Post weitergeleitet. *veo*

Leichter Anstieg zu verzeichnen

Altersarmut ist gewachsen

Die Zahl der Menschen, die jenseits der 65 mit sehr wenig Geld ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, ist nach Daten des Statistischen Bundesamtes 2023 leicht angestiegen.

Demnach waren 18,1 Prozent der Menschen dieser Altersgruppe armutsgefährdet. Das sind 0,6 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Bei den Frauen ab 65 waren es mit einem Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten sogar 20,2 Prozent. Die Zahlen stammen aus dem Mikrozensus 2023. *veo/dpa*



Ursula Engelen-Kefer sprach bei einer Podiumsdiskussion über fehlende Barrierefreiheit in vielen Lebensbereichen.



Fotos: Wolfgang Borrs

Der SoVD-Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese mit Alexander Menzel und Charlotte Rupp in aus dem Bundesjugendvorstand.

SoVD beim Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Demonstration gegen Barrieren

Der Aktionstag stand im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention. Bei deren Umsetzung hat Deutschland weiterhin großen Nachholbedarf. Für den SoVD waren unter anderem die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, die Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Ursula Engelen-Kefer, und der Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese bei der Demonstration dabei.

Am 5. Mai zog anlässlich des jährlichen Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ein großer Demonstrationszug mit etwa 2.000 Teilnehmenden durch die Hauptstadt. Unter dem Motto „Selbstbestimmt leben ohne Barrieren“ forderten viele Behindertenverbände mehr Anstrengungen für Inklusion in allen Teilen der Gesellschaft sowie eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

Michaela Engelmeier: mehr Tempo bei Inklusion

Auch der SoVD war gut sichtbar beim Protestzug dabei. Viele der Teilnehmenden waren mit Plakaten, Bannern und Wim-

pelein ausgestattet. Der SoVD als einer der maßgeblichen Behindertenverbände setzt sich auf vielen Ebenen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein und kritisiert die schleppende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier stellte anlässlich des Protesttages fest: „Leider sind wir in Deutschland auch 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und zahlreichen nationalen Gesetzesinitiativen noch meilenweit von einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft entfernt. Nachholbedarf besteht insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bildung, Arbeit und Mobilität. Hier muss

endlich mehr Tempo gemacht werden, um den Rückstand Deutschlands zu überwinden. Dieses Ziel dürfen wir auch in Zeiten der Krise nicht vernachlässigen.“

Engelen-Kefer fordert barrierefreies Bauen

Ursula Engelen-Kefer, die Vorsitzende des SoVD Berlin-Brandenburg, beteiligte sich bei der Kundgebung vor dem Roten Rathaus an einer Podiumsdiskussion. Der Landesverband präsentierte sich außerdem mit einem Informationsstand.

Engelen-Kefer forderte in einem Statement zum Protesttag unter anderem mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderungen. „Barrierefreiheit ist für die eigenständige Wahl

beim Wohnen ein unverzichtbares Recht – gerade auch für Menschen mit Behinderungen. Dies muss bereits bei der Planung von Bauprojekten berücksichtigt werden. Und Menschen dürfen nicht mit den Kosten für den Ein- und Rückbau der Barrierefreiheit in ihren Wohnungen belastet werden. Erforderlich ist Barrierefreiheit auch für die tägliche Versorgung, im Gesundheitswesen sowie in Kultur, Sport und Freizeit.“

Inklusion ist ebenfalls ein besonderes Anliegen der SoVD-Jugend. Daher nahmen auch der Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese und weitere Mitglieder der SoVD-Jugend am Europäischen Protesttag in Berlin teil.

Sebastian Triesch

SoVD im Gespräch



V. li.: Laura Herrmann (SoVD-Praktikantin), Stefanie Lausch (Büroleitung Michaela Engelmeier), Heike Heubach (SPD-Bundestagsabgeordnete) und Michaela Engelmeier (SoVD-Vorstandsvorsitzende).

Gespräch über Wohnungsnot und Baupolitik

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich im Mai mit Heike Heubach. Diese sitzt für die SPD im Bundestag und ist die erste gehörlose Abgeordnete in der Geschichte des Parlaments. Sie zog im März 2024 als Nachrückerin für Uli Grötsch, der zum Polizeibeauftragten des Bundes ernannt wurde, in den Bundestag ein.

Heubach ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen. Daher war die Wohnungspolitik ein wichtiges Gesprächsthema.

Engelmeier unterstrich im Gespräch die schwierige Lage von Menschen mit niedrigem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt und forderte mehr sozialen Wohnungsbau. Hier fehlten derzeit über 900.000 Wohnungen.

Der SoVD setzt sich in der Wohnungspolitik dafür ein, Mietsteigerungen zu begrenzen, sozialen Wohnraum zu schaffen, Barrierefreiheit voranzutreiben, Wohnungslosigkeit zu bekämpfen sowie bei Bedürftigkeit Wohn- und Energiekosten zu übernehmen.

Außerdem sprach Michaela Engelmeier mit Heike Heubach über Sozialräume und betonte, dass sowohl in der Stadt als auch auf dem Land die Daseinsvorsorge sichergestellt und erreichbar sein müsse.

Forsa-Umfrage zeigt, dass Angehörige Erwerbsarbeit oftmals aufgeben müssen

Pflege und Beruf kaum vereinbar

Wer sich um Angehörige kümmert, leistet für Tätigkeiten wie Körperpflege, Ernährung oder Hilfe in der Nacht im Durchschnitt 49 Stunden wöchentlich. Für eine Erwerbstätigkeit bleibt da in vielen Fällen schlicht keine Zeit mehr übrig. Zu diesem Ergebnis kam jetzt eine Forsa-Umfrage für das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO).

Körperlich wie auch psychisch stehen pflegende Angehörige unter einer hohen Belastung. Dass sich dies auch zeitlich bemerkbar macht, verwundert kaum: Nicht einmal jede zweite sogenannte Hauptpflegeperson im erwerbsfähigen Alter (46 Prozent) übt zusätzlich noch eine Tätigkeit in Vollzeit aus.

Und auch von denen in Teilzeit gab bei einer Befragung durch das Institut Forsa rund die Hälfte an, den Broterwerb notgedrungen reduziert zu haben.

Auch die für die häusliche Pflege benötigte Zeit hat zugenommen. Gaben die Betroffenen bei einer Vorgängerbefragung vor vier Jahren noch

an, dass sie pro Woche rund 43 Stunden mit pflegerischen Aufgaben beschäftigt seien, lag diese Zahl nun bereits bei 49 Wochenstunden.

Besorgniserregend ist aber vor allem, dass jede*r vierte Befragte angab, hoch belastet zu sein und die Pflegesituation „eigentlich gar nicht mehr“ oder „nur unter Schwierigkeiten“ bewältigen zu können. Am stärksten betroffen sind Haushalte, in denen Menschen mit Demenzerkrankung oder mit einem Pflegegrad ab 3 leben.

Ernüchterung brachte die Umfrage auch hinsichtlich der Entlastungsangebote für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Die Mehrheit der Befragten kennt diese Angebote zwar, hat sie aber bislang kaum in Anspruch genommen. So haben beispielsweise nur drei Prozent von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich bis zu sechs Monate vollständig oder teilweise von der Arbeit freustellen zu lassen. *jos/AOK*

SH Schleswig-Holstein



Foto: Holger Bopp

Auch schlechtes Wetter konnte diesen Protest nicht verhindern.

Demonstration für soziale Gerechtigkeit

Mehr als 3.000 Menschen demonstrierten am 22. Mai in Kiel gegen die aktuelle Entwicklung des Sozialstaates. Ebenfalls vor Ort waren Mitglieder des SoVD Schleswig-Holstein.

Ein Bündnis aus Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zog an der Förde entlang und überbrachte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) einen umfassenden Forderungskatalog. Die Wut der Protestierenden brachte der Landesvorsitzende des SoVD Schleswig-Holstein auf den Punkt. Alfred Bornhalm sagte, der Staat ziehe sich immer mehr aus der Verantwortung, wenn es um die soziale Infrastruktur gehe. Es herrsche überall Personalmangel, weil die soziale Arbeit einfach nicht ausreichend finanziert werde.



Foto: sergign/Adobe Stock

Vor allem Frauen im erwerbstätigen Alter können die Pflege von Angehörigen nicht mit einem eigenen Job vereinbaren.

Anzeige



Günstig Urlaub im Erholungszentrum Büsum

Kurz mal weg an die Nordsee

- 1x Begrüßungscocktail am ersten Abend
- 2x Kaffeegedeck mit 1 Pott Kaffee & 1 Stück Kuchen
- 3x Abendessen im Rahmen der HP
- 3x reichhaltiges Langschläfer-Frühstück vom Buffet

Jetzt Urlaub in Büsum anfragen unter Telefon 04834-95250 oder auf unserer Internetseite www.erholungszentrum-buesum.de

* Angebotspreis: ab 260,00 € pro Person für SoVD-Mitglieder – im Haus Nordsee oder Haus Andrea, zzgl. Kurtaxe der Gemeinde Büsum. Buchbarer Zeitraum: 01.04.2024 bis 01.10.2024 nach Verfügbarkeit.

SOVD
Erholungszentrum
Büsum

„Pflege darf kein Glücksspiel sein!“

Im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ führte der SoVD in Niedersachsen im April und Mai bereits zahlreiche Aktionen zum Thema Pflege in ganz Niedersachsen durch. Anliegen des Verbands war es dabei, Interessierte auf die Probleme in der Pflege aufmerksam zu machen und ihnen mit hilfreichen Informationen zur Seite zu stehen. Denn wer pflegebedürftig wird oder als Angehörige*r mit einer Pflegesituation konfrontiert wird, ist häufig überfordert und braucht Unterstützung.

Insgesamt rund 50 Aktionen zur Pflege – unter anderem in den Landkreisen Hannover, Emsland, Diepholz, Cuxhaven, Osterode, Osnabrück und Schaumburg – standen von April bis Juni auf dem Programm. Einige Vorstandsteams nutzten Veranstaltungen rund um den 1. Mai, um sich als SoVD und die Kampagne „Für mehr Miteinander“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Andere waren mit Info-Ständen auf Wochenmärkten präsent

oder fanden weitere Anlässe, das Thema sichtbar zu machen. Teil ihrer Aktionen war eine Umfrage unter den Besucher*innen zu verschiedenen Pflege-Themen. Unter dem Slogan „Pflege darf kein Glücksspiel sein!“ machten die Engagierten auf die prekäre Lage im Pflegesektor aufmerksam. Mit einem Glücksrad konnte das Wissen rund um Pflege getestet werden. Damit wurde zugleich auf verschiedene Probleme aufmerksam gemacht,

vor denen Pflegebedürftige sowie deren Angehörige häufig stehen. Mit der SoVD-Broschüre „Plötzlich pflegebedürftig: Das müssen Sie jetzt wissen“ gab es konkrete Hilfestellungen für Ratsuchende. Die ehrenamtlich Engagierten standen zudem für Fragen zur Verfügung und konnten viele Einzelgespräche mit Betroffenen führen.

Die SoVD-Ehrenamtlichen freuten sich über das große Interesse der Besucher*innen

und den Austausch mit ihnen. Die Resonanz war laut der Engagierten durchweg sehr gut. Auch berichteten diese von sehr positiven Rückmeldungen, die sie zum Engagement des SoVD allgemein erhalten hatten. Über den Beitritt neuer Mitglieder konnten sich einige SoVD-Orts- und -Kreisverbände zusätzlich freuen. Durch die Aktionen fühlten sich zudem viele Aktive darin bestärkt, als SoVD in die Öffentlichkeit zu gehen

und den Menschen als kompetente Gesprächspartner*innen zur Seite zu stehen. Einige der Orts- und Kreisverbände kündigten an, das Thema Pflege vertiefen zu wollen beziehungsweise in den kommenden Wochen weitere Aktionen zum Thema durchzuführen.

Informationen zur SoVD-Kampagne und zukünftige Veranstaltungstermine und -orte sind unter www.fuer-mehr-miteinander.de abrufbar.



Foto: Dr. Heinrich Schepers

Der SoVD-Kreisverband Emsland nutzte den gemeinsamen Aktionstag mit Pro Vitus und Vituswerk Meppen anlässlich des „Europäischen Protesttags für Menschen mit Behinderungen“, um auf die SoVD-Kampagne und die Herausforderungen in der Pflege aufmerksam zu machen.



Foto: Frank Uhlenhaut

Der Kreisverband Osterode und die Ortsverbände Bad Lauterberg, Wieda-Bad Sachsa, Bad Grund und Osterhagen thematisierten beim Frühlingshappening in Bad Lauterberg die Pflegesituation.



Foto: SoVD Stederdorf

Das Vorstandsteam des Ortsverbands Stederdorf führte beim Maibaumfest eine Aktion mit Info-Stand durch. Dank Glücksrad gab es viel Austausch zum Thema Pflege bei Groß und Klein.



Foto: Martin Ehresmann

Engagierte des SoVD Buchholz-Bothfeld beim Frühlingsfest auf dem Sahlkampmarkt.



Foto: Ralf Krebs

Das Team des Ortsverbands Wettbergen-Ricklingen veranstaltete einen Aktionsnachmittag mit Glücksrad und Umfrage und organisierte zusätzlich einen Fachvortrag zum Thema Pflege.



Foto: SoVD Osnabrück

Auch bei der Aktion des SoVD in Osnabrück waren das Interesse und die Beteiligung der Menschen groß. Mit dem Glücksrad konnte man sich spielerisch an Pflege-Themen herantasten.



Foto: Carsten Schlotmann

Einige der Engagierten bei der Kampagnen-Aktion des SoVD-Kreisverbands Diepholz im Mai.



Foto: Hilmar Reinke

SoVD-Aktive der Ortsverbände Buxtehude und Apensen führten bei ihrer Pflege-Aktion in Buxtehude Gespräche mit Betroffenen und sensibilisierten mit Umfrage und Glücksrad für das Thema.

SPD-Abgeordnete Katharina Kähler zu Gast beim Landesverband

Große inhaltliche Schnittmenge

Anfang April war die Bremer SPD-Abgeordnete Katharina Kähler zu Gast beim Landesverband. Es gab einen angeregten fachlichen Austausch mit dem 1. Landesvorsitzenden Joachim Wittrien und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Katharina Kähler ist seit Mitte letzten Jahres Sprecherin für Soziales, Familie, Senior*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Soziologin folgt Birgitt Pfeiffer, die nun die Geschäfte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Bremen leitet.

Das „Kennenlerngespräch“ fand in einer sehr freundlichen und angenehmen Atmosphäre statt. „Die von Frau Kähler vorgeschlagenen Themen waren eins zu eins Themen des Sozialverbandes“, freute sich Joachim Wittrien.

Im Gespräch kam die aktuelle politische Lage, die beim Landesverband eine erhöhte Beratungs- und Hilfeanforderung verursacht, zu Wort. Aber auch der Fachkräftemangel, Armut, Pflege und Rente, Seniorenarbeit sowie der Einsatz des SoVD für einen Inflationsausgleich für Rentner*innen waren Thema. Aspekte wie die hohe Wartezeit beim Integrationsamt und die fehlende finanzielle Ausstattung der Stadtteilmfarm in Huchting (siehe nebenstehenden Artikel) wurden ebenfalls diskutiert.

„Es war ein sehr konstruktives Gespräch“, resümierte Joachim Wittrien, „wir haben uns über detaillierte Nachfragen gefreut und Frau Kähler zeigte ein offenes Ohr für die Ängste unserer Mitglieder. Wir haben verabredet, weiter im Gespräch zu bleiben.“



In der Landesgeschäftsstelle trafen sich zum Austausch: Landesvorsitzender Joachim Wittrien, die SPD-Abgeordnete Katharina Kähler (Mitte) und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Die Barmer Krankenkasse gibt Empfehlungen zur Selbstmedikation

Lieber ärztlichen Rat einholen

Neben den Arzneimitteln, die ärztlich verordnet werden müssen, gibt es eine Vielzahl Pillen, Tropfen und Salben, die man rezeptfrei in der Apotheke erwerben kann. Dieser Ratgeber verrät gegen welche typischen Erkrankungen die Selbstmedikation hilft und wo die Grenzen ihre liegen.

Etwa die Hälfte aller Arzneimittel, die in Apotheken abgegeben werden, kaufen Patient*innen eigenständig. Sie fallen damit in den Bereich der Selbstmedikation. Diese hat allerdings ihre Grenzen. Zum einen, weil Symptome einer Erkrankung rasch so stark werden können, dass ärztlicher Rat unverzichtbar ist. Zum anderen, weil die zwar prinzipiell rezeptfreien, aber doch zumeist apothekenpflichtigen Arzneimittel oft parallel zu den Medikamenten eingenommen werden, die ärztlich verordnet werden müssen. Beide können miteinander Wechselwirkungen entwickeln, die den Erfolg einer Behandlung gefährden. Der wichtigste Rat von Barmer-Expertin und Apothekerin Heidi Günther lautet daher, mit den behandelnden Ärzt*innen immer über die eigene Selbstmedikation zu sprechen und dabei vollständig über alle angewendeten Arzneimittel zu informieren.

Für die Behandlung leichter Erkrankungen gibt es immer wieder sinnvolle Möglichkeiten der Selbstmedikation. Zu den häufigsten Anwendungsgebieten gehören Hals- und Kopfschmerzen, Durchfall, Allergien, Schlafstörungen, Fuß- oder Nagelpilz und Schnupfen, aber auch trockene Augen oder Warzen.

Durch Arzneimittel, die sie durch eine Verordnung auf dem sogenannten „Grünen Rezept“ für nicht verschreibungspflichtige Präparate empfehlen, können Ärzt*innen unterstützen.

Doch so gut abschwellende Nasensprays bei einem Schnupfen, Antihistaminika gegen typische Allergieschwerden wie Juckreiz oder Hautrötungen oder auch Melissenextrakt gegen Lippenherpes wirken, die Selbstmedikation hat Grenzen.

Ein Beispiel ist die Behandlung von Nagelpilz, die erfahrungsgemäß sehr viel Konse-

quenz verlangt und auch sehr langwierig ist. In der Selbstmedikation gibt es antimykotische Salben und Lacke. „Schluss mit der Selbstmedikation sollte sein, wenn sich der Nagelpilz trotz Behandlung auf mehr als drei Zehen ausbreitet. Auch Patient*innen mit Immunschwächen oder Diabetes mellitus sollten ärztlichen Rat suchen. Das gilt auch für alle, denen eine Behandlung per Selbstmedikation nicht geholfen hat“, empfiehlt Heidi Günther.

Ein anderes Beispiel sieht die Expertin bei Verstopfung. Spätestens, wenn die Beschwerden länger als drei, vier Tage andauern, wenn sich die Verstopfung mit Durchfällen abwechselt oder Fieber hinzukommt, ist es Zeit, eine Arztpraxis zu konsultieren. Gleiches gilt bei kolikartigen Schmerzen, Übelkeit oder Erbrechen und blutigem Stuhl.

Quelle: Barmer Krankenkasse

Stadtteilmfarm Huchting finanziell absichern

Teilhabe statt Rotstift!

Der SoVD-Landesverband ist empört, dass demnächst an der qualifizierten Arbeit der Stadtteilmfarm Huchting der Rotstift angesetzt wird. Wie öffentlich bekannt wurde, wird ab Ende April 50 Prozent des Personals gestrichen, da das Jobcenter die Mittel für langzeitarbeitslose Menschen kürzt.

Die Streichungen sorgen dafür, dass die Stadtteilmfarm unterhalten und gepflegt, Tiere versorgt und Reparaturen getätigt werden.

Falls diese Arbeitsleistung vom pädagogischen Personal übernommen werden muss, würde die pädagogische Arbeit mit Kindern reduziert. „Für uns als SoVD ist dies nicht hinnehmbar! Huchting ist ein benachteiligter Stadtteil“, so der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien. „Die Stadtteilmfarm ermöglicht es den hier lebenden Kindern, sich durch den Kontakt zu Tieren und den Aufenthalt in der Natur persönlich zu entwickeln. Hier sollten die Verantwortlichen über den Tellerrand schauen, ob nicht am falschen Ende gespart wird, wenn Teilhabemöglichkeiten reduziert werden.“

Von fehlender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind auch die langzeitarbeitslosen Beschäftigten betroffen. „In der Stadtteilmfarm werden sie motiviert und erhalten qualifizierte Hilfe, um ihr Leben in andere Bahnen zu lenken“, argumentiert Wittrien.

Der 1. Landesvorsitzende fordert den Senat daher auf, die Finanzierung der Huchtinger Stadtteilmfarm langfristig abzusichern. „Grundsätzlich halten wir es für falsch, dass der Bund zulasten der Schwächsten den Haushalt saniert, aber in diesem Fall ist auch der Senat gefragt. Denn: Die Investition in die Kinder- und Jugendarbeit zahlt sich hier in Bremen durch eine bessere gesellschaftliche Integration aus. Dies gilt auch für die langzeitarbeitslosen Bremerinnen und Bremer. Ihnen eine Chance zu geben, bedeutet, hier in der Hansestadt alle ins Boot zu holen, was in der heutigen Zeit wichtiger ist als je zuvor.“

Vortrag zum Thema Rechtspopulismus

Am 24. Juni um 16 Uhr findet in der Landesgeschäftsstelle am Breitenweg 10/12 ein Vortrag mit dem Titel „Rechts ist keine Alternative!“ statt. Der Referent Klaus Möhle ist Landesschatzmeister und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Landesverbandes.

Zum aktuellen Hintergrund: Als Bürgerinnen und Bürger merken wir immer stärker, dass die Welt aus den Fugen gerät. Die Kriege in der Ukraine, in Israel und Palästina sowie weltweite Konflikte bedrohen die gewohnte Sicherheit in Europa. Auch die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden immer deutlicher. All dies ist verstörend und verunsichernd. Es verleitet Menschen dazu, undemokratische politische Positionen einzunehmen. Gerade im Internet wird deutlich, dass der Hass mit unglaublicher Wucht zunimmt. Mit einer Veranstaltung zum Thema „Rechts ist keine Alternative!“ möchten wir dazu beitragen, dass wir im SoVD einen solidarischen, sozialen Kompass bewahren.

Wir freuen uns über viele Interessierte und bitten um eine **Anmeldung bis zum 17. Juni**. Möglich ist dies mit einer E-Mail an: buchhaltung@sovd-hb.de oder telefonisch unter 0421/16 38 49 27 oder 0421/16 38 49 21.



Referent
Klaus Möhle

Unterstützung in den Ortsverbänden gesucht

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.



Foto: Smailhodzic / Adobe Stock

Die Vorstandsmitglieder freuen sich auf Helfer*innen.



Ortsverband Bremen Süd



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bremen-Süd

Auf seiner Jahreshauptversammlung wählte der Ortsverband Bremen-Süd seinen neuen Vorstand (siehe Foto, v.li.): vordere Reihe 1. Vorsitzender Erhard Flemming, 2. Vorsitzende Marion Muhs, Beisitzerin Beatrix Harwanke, Schatzmeisterin Gonda Flemming, Beisitzerin Elke Scharff, Frauensprecherin Ulrike Kröplin und Schriftführerin Cindy-Tessica Flemming. Hintere Reihe: die Revisoren Detlef

Kirchmann, Volker Scharff und Guido Wilharm, Beisitzerin Li-ane Gransberger, die 2. Schriftführerin Rosemarie Kovač und Beisitzer Joachim Jung.

Ortsverband Blumenthal-Farge

Die Jahreshauptversammlung im April wählte folgenden Vorstand (siehe Foto, v. li.): vordere Reihe Beisitzerin Karin Stein, Schriftführer Günter Franzke, die Revisorinnen Ilona Ficke und Edith Wittrien, der 2.2. Ortsvor-

sitzende Heino Kruppa, 1. Ortsvorsitzende Marina Rudolph, Frauensprecherin und stellvertretende Schriftführerin Renate Loewe, Beisitzerin Helga Zimmer und der 2. Ortsvorsitzende und stellvertretende Schatzmeister Joachim Wittrien. Hintere Reihe: Beisitzer Roland Ahrens und Wolfgang Finke, Schatzmeister Alfred Wiezorrek sowie die Beisitzer Hans-Herrmann Kruse und Klaus FriebeL. Nicht im Bild ist der Beisitzer Uwe Murglat.



Ortsverband Blumenthal-Farge



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

11. Juni, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Ehrungen.

25. Juni, 17.30 Uhr: Dicke-Pötte-Tour mit der MS Geestemünde, Info und Anmeldung unter Tel.: 0471/29 00 801 oder E-Mail an: H.Cordes.SovD@cbnc.de.

Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

15. Juni, 12 Uhr: Mitgliedertreffen mit Spargelessen, Einlass ab 11.30 Uhr, Rotheo Huckelriede, Niedersachsendamm 20a, 28199 Bremen. Verbindliche Anmeldung bis 10. Juni bei

Herrn Flemming, Tel.: 0421/80 90 521. Preis auf Anfrage bzw. bei Anmeldung!

Ortsverband Blumenthal-Farge

19. Juni, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Str. 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Blumenthal-Farge

19. Juni, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Geestemünde

25. Juni, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 27570 Bremerhaven, Anmeldung erbeten bei Karin Michaelsen, Tel.:

0471/55 222, oder E-Mail an: k.michaelsen@nord-com.net.

Ortsverband Lesum

10. Juni, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen, Anmeldungen bei Reinhard Röpke, Tel.: 0157/55 57 78 12.

Ortsverband Leherheide

14. Juni, : Infoveranstaltung in der Kirchengemeinde, Hans-Böckler-Straße 40, 28217 Bremen.

Ortsverband Vegesack

20. Juni, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20, Kirchheide 49, 28757 Bremen. Anmeldung bei Herrn Berger, Tel.: 0421/60 07 315.

Glückwünsche



Foto: Kerstin Halla / pixabay

Allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Sozialrechtsberatung



Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Newsletter

Liebe Mitglieder, sollten Sie gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) unseren Newsletter mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, so bitten wir um einen Hinweis an newsletter@sovd-hb.de.

Podiumsdiskussion des SoVD zur Europawahl mit Hamburger Politiker*innen

Wir brauchen ein starkes Europa!

Im April diskutierten Hamburger Politiker*innen anlässlich der anstehenden Europawahl bei einer vom SoVD Hamburg initiierten Podiumsveranstaltung über Herausforderungen und Entwicklungen auf europäischer Ebene und deren Bedeutung für die Hansestadt.

Rund 50 interessierte Bürger*innen kamen ins Hamburg-Haus Eimsbüttel, um sich ein Bild darüber zu machen, wie sich die Parteien der Hansestadt für die Europawahl positionieren. Susanne Rahlf, Journalistin und Pressesprecherin des SoVD Hamburg, sowie Ingo Egloff, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD Hamburg, führten durch die Veranstaltung.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher wandte sich mit einem dringenden Appell an die anwesenden Politiker*innen: „Nur mit einem Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit einem sozial ausgewogenen Zukunftsprogramm kann Beschäftigung gesichert, Jugendarbeitslosigkeit überwunden und soziale Sicherung erreicht werden. Wir brauchen ein starkes Europa, in dem die soziale Spaltung nicht wächst, sondern bekämpft wird.“

Irene Appiah, SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte und Sprecherin der SPD-Fraktion im Ausschuss für Jugendhilfe, sieht im europäischen Miteinander vor allem eine Chance zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Arbeitskräftemangels. Sie verwies auf das Talentportal EURES, das die Arbeitssuche europaweit möglich macht. Einheitliche Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen, Anerkennung von Abschlüssen und bessere Weiterbildung seien notwendig.

Für Rosa Domm, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



Foto: SoVD Hamburg

Auf dem Podium (v. l.): David Stoop (Die Linke), Philipp Heißner (CDU), Irene Appiah (SPD), Rosa Domm (Bündnis 90 / Die Grünen) und Robert Bläsing (FDP).

Bündnis 90/Die Grünen Hamburg, Kandidatin für die Europawahl und Sprecherin der Fraktion für Klimapolitik und Mobilitätswende, ist ein Mindestlohn von mindestens 14 Euro Voraussetzung, um das Leben innerhalb Europas armutsfest zu machen. Außerdem soll Europa der erste klimaneutrale Kontinent werden und zum Beispiel ein Europaticket für den Öffentlichen Nahverkehr die Mobilitätswende bringen.

In den Augen von Philipp Heißner, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Eimsbüttel, sind stabile wirtschaftliche Verhältnisse Voraussetzung für soziale Sicherung. Steuererleichterungen seien sinnvoller als Subventionen. Hamburg könne sich mit der Wasserstoffproduktion im Hafen weltweit als Spitzenreiter im Bereich Technologie positionieren.

David Stoop, Mitglied der

Hamburgischen Bürgerschaft Die Linke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, verwies darauf, dass die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sehr zu Ungunsten der Lohnarbeitenden ausfällt. Der Steuerwettbewerb nach unten müsse beendet werden, Steueroasen innerhalb der EU dürfe es nicht geben.

Robert Bläsing, FDP Hamburg Nord und Fachsprecher Europa und Internationales, sorgte sich vor allem um den Mittelstand und forderte einen Mittelstandskommissar. Außerdem müsse Bürokratie abgebaut werden, die „wie ein Mühlstein um den Hals hänge“.

Wicher forderte alle Hamburger Bürger*innen auf, am 9. Juni zur Bezirks- und Europawahl zu gehen und demokratisch zu wählen.



Ansichten

Liebe Mitglieder,
Liebe Leser*innen,



Foto: Jonas Walzberg

Klaus Wicher

im April haben wir mit Hamburger Vertreter*innen der politischen Parteien darüber gesprochen, warum wir alle gemeinsam am 9. Juni bei der Europawahl dafür sorgen sollten, dass auf dem europäischen Parkett auch eine Politiker*in aus Hamburg vertreten sein soll, welche*r unsere Interessen und Belange als Hafenstadt und Wirtschaftsstandort im Blick behält und sich gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt. Denn nur soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität eines geeinten Europas bei (siehe nebenstehenden Artikel).

In einer Welt, in der China sich ausbreitet und machtvoller wird, in der Trump den Protektionismus feiert und der Brexit den Zusammenhalt der Europäischen Union bedroht, gibt es nur einen Weg: ein solidarisches, ein soziales, ein starkes Europa. Wir brauchen starke, wehrhafte Demokratien mit sozialen Rechten und Mitbestimmung für alle. Wir brauchen ein Europa, in dem die soziale Spaltung nicht wächst, sondern bekämpft wird. Der neueste Bericht des Europarats weist sehr deutlich in diese Richtung.

In einer globalen Welt kann ein einzelner europäischer Nationalstaat nicht bestehen und wenig bewirken. Als mittlerweile wieder drittgrößte Volkswirtschaft der Welt brauchen wir Europa, den größten Handelsplatz der Welt! Mehr als die Hälfte des Deutschen Exports wird in Europa verkauft. Den Phantasten, die aus Europa austreten und den Euro abschaffen wollen, erteilen wir vor diesem Hintergrund eine ganz klare Absage. Mit einem Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit einem sozial ausgewogenen Zukunftsprogramm kann Beschäftigung gesichert, Jugendarbeitslosigkeit überwunden und soziale Sicherung erreicht werden.

Bei den Bezirkswahlen entscheiden Sie darüber, wie sich Ihr Leben in den Bezirken entwickeln soll. Wird sozialer Wohnungsbau weiter betrieben? Wie arbeiten die Behörden? Erhalten Senior*innen bürger-nahe Zentren? und so weiter. Holen Sie sich Wahlhilfen aus unseren Wahlprüfsteinen auf www.sovd-hh.de/news-service/publikationen-ratgeber-broschueren/wahlhilfen.

Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger*innen. Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie demokratisch.

Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender

SoVD-Podcast über Obdachlosigkeit in Hamburg

Das Leben auf der Straße

Kein Job und kein Dach über dem Kopf, ein Leben der Straße – wer obdachlos ist, hat den sozialen Abstieg schon hinter sich. Wer sind diese Menschen? Warum müssen sie auf der Straße leben? Mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen?

Was die Stadt gegen Obdachlosigkeit tut und welche Hilfen für die Menschen auf der Straße wichtig wären, darüber sprechen Klaus Wicher und Susanne Rahlf in der neuesten Folge des SoVD-Podcast mit Andrea Hniopek, die sich seit vielen Jahren bei der Caritas Hamburg mit dem Thema Obdachlosigkeit beschäftigt.

Den aktuellen Podcast und alle weiteren Folgen finden Sie unter diesem Link im Internet: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast.



Foto: SoVD Hamburg

Andrea Hniopek von der Caritas erzählt von ihrer Arbeit mit Obdachlosen.

Inflationsausgleich für Rentner*innen jetzt!

Seit 2021 liegen die Rentenanpassungen unter den Inflationsraten und decken bei weitem nicht die Teuerung bei Heizungs- und Energiekosten, Mietsteigerungen, Medikamenten und besonders bei Lebensmitteln. Das Geld reicht bei vielen Rentner*innen kaum noch bis zum Monatsende.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung JETZT AUCH für Rentner*innen in diesem Land einen steuer-, abgaben- und anrechnungsfreien Inflationsausgleich von insgesamt 3.000 Euro! Rentner*innen dürfen in Deutschland nicht weiter abgehängt werden!

Helft Durch Eure Teilnahme an der Demonstration, diese Forderung durchzusetzen!

Demonstration am 15. Juni um 10 Uhr vor Saturn (Mönckeburgstraße), Kundgebung auf dem Rathausmarkt um 11 Uhr.



Foto: Circus Mignon

Ein Mitmach-Zirkus ist besonders für Kinder ein tolles Angebot.

Streit um Unterbringung von Flüchtlingen

Widerstand bei „Reichen“

Blankenese, Klein Flottbek, Nienstedten – eine Flüchtlingsunterkunft sucht man hier momentan vergeblich. Die Stadt will das ändern und stößt auf Widerstand. Der reiche Westen Hamburgs leistet sich einen Luxus, der nun auch noch zu Lasten von Kindern gehen soll.

Hamburg plant eine neue Unterkunft in Klein Flottbeck, in der für fünf Jahre bis zu 144 Personen untergebracht werden sollen. Dagegen formiert sich nun eine Bürgerinitiative. Die FDP schlägt gar vor, alternativ die Unterkunft in Osdorf auf dem Gelände des Circus Mignon zu bauen. SoVD-Landeschef Klaus Wicher ist empört: „Statt zu den Gutbetuchten sollen Flüchtlinge lieber dorthin, wo ein Kinderzirkus wertvolle Arbeit für Kinder und Jugendliche macht? Das eigene Wohl ist wichtiger als Mitmenschlichkeit? Dieses Denken macht mich gerade in Zeiten von Kriegen, die direkt vor unserer Haustür stattfinden, regelrecht sprachlos.“ Er forderte den Senat auf, bei den Plänen zu bleiben und nicht einzuknicken. „So wie alle Hamburger*innen, muss auch dort die Nachbarschaft Platz machen für Menschen, die bei uns Schutz suchen“, stellt Wicher klar. „Auch Klein Flottbek ist nicht Bullerbü!“

Gerade erst schlugen die Wellen in Hamburg hoch, weil im Stadtteil Niendorf pflegebedürftige Obdachlose untergebracht werden sollten, die Nachbarschaft aber ihr idyllisches „Bullerbü“ nicht aufgeben wollte. Der alternative Vorschlag der FDP, die Flüchtlinge auf einem Areal an der Osdorfer Landstraße unterzubringen, ist aus Wichers Sicht egoistisch und zutiefst unsozial. „Dass die FDP ernsthaft darüber nachdenkt, den Circus Mignon aufzugeben und stattdessen Flüchtlinge dort unterzubringen, zeigt für mich sehr deutlich: Hier wollen sich Wohlhabende aus der Verantwortung stellen, und das zulasten vor allem junger Menschen!“ Im Circus Mignon stehen vor allem diejenigen im Mittelpunkt, die selbst einmal in der Manege stehen möchten. Vor allem Kinder und Jugendliche aber auch Senior*innen können hier ihre Talente zeigen.



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg im Mieterverein**
Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeit: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona im Mieterverein**
Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**
Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeit: Mi 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**
Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeit: Fr 10–12 Uhr. Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter Tel.: 040/611 60 70.

Interview mit dem Leiter der LAG Arbeit über Förderung von Langzeitarbeitslosen

Kürzungen gefährden Teilhabe

Das Jobcenter team.arbeit.hamburg hat zu Februar 680 Plätze bei den Arbeitsgelegenheiten (AGH) gekürzt. Das ist fast die Hälfte aller Plätze. Nun soll der Bestand gesichert werden, indem der Förderzeitraum für bestehende Angebote von 12 auf 24 Monate verlängert wird.

„Was hier als Erfolgsmeldung verkauft wurde, ist definitiv keine“, stellt Landeschef Klaus Wicher klar. „Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt seit Jahren an, gleichzeitig werden AGH-Plätze gestrichen. Die Menschen werden im Stich gelassen, wichtige Projekte im Quartier einfach wegrationalisiert.“ Nicola Timpe, Pressestelle SoVD Hamburg, hat darüber mit Bernd Schröder, Geschäftsführer LAG Arbeit, im Interview gesprochen.

___ Warum ist die Nachricht des Jobcenters team.arbeit.hamburg aus Ihrer Sicht keine Erfolgsmeldung?

Die Förderdauer zu verlängern, ist grundsätzlich gut. Aber wir sprechen von rund 22.000 Menschen und ihren Familien, die zuhause sitzen und keine Chance kriegen, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Kinder langzeitarbeitsloser Menschen äußern auf die Frage, was sie denn beruflich machen wollen, oftmals: „Bürgergeld-Empfänger*in“. Das heißt, hier muss die Stadt dringend mehr tun, um den Teufelskreis über Generationen hinweg zu durchbrechen und Chancengleichheit herzustellen. 30 Projekte einzustellen, 60 Mitarbeitenden den Job zu streichen und Infrastruktur unwiederbringlich zu zerstören, war völlig kontraproduktiv. Insgesamt 920 verbliebene AGH-Plätze und rund 1.300 Plätze nach Paragraph 16i sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

___ Warum braucht es spezielle Beschäftigungsangebote, zu denen die AGH (nach Paragraph 16d SGB II) und die „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (Paragraph 16i SGB II) gehören?

Immer up to date!

Mit unserem Newsletter SoVDepesche halten wir Sie auf dem Laufenden: Wir informieren über Neuigkeiten aus dem Verbandsleben, versorgen Sie mit Informationen aus dem Sozialrecht und berichten über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen.

Melden Sie sich ganz einfach online an: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-newsletter.



Foto: SoVD Hamburg

Bernd Schröder

Nach vielen Jahren der Arbeitslosigkeit haben Betroffene zum Teil große Ängste, wenn sie eine neue Stelle antreten. Vieles, was für andere Menschen normal ist, zum Beispiel pünktlich bei der Arbeit zu erscheinen, fällt erst einmal schwer. Auf der anderen Seite gibt es große Vorbehalte bei Arbeitgeber*innen. Anleitung und psychosoziale Begleitung bedeuten zunächst einmal mehr Aufwand für das Unternehmen. Es sind zwei Seiten, die noch nicht zueinander passen. Wir sprechen bei AGH und Paragraph 16i vom letzten Mittel der Wahl bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Das oberste Ziel lautet deshalb: „Eröffnung von Teilhabechancen“. Betroffene können so ohne Überforderung erste Schritte wagen und sich weiter qualifizieren. Das macht viel mit dem Selbstwertgefühl.

Den Wert für die Quartiere sollte man auch nicht außer Acht lassen. Viele Projekte sind wichtige Anlaufstellen für Menschen in sozialen Brennpunkten. Dazu zählen Sozialkaufhäuser, Begegnungsstätten, Sozialcafés oder die Unterstützung und Begleitung älterer und hilfebedürftiger Menschen im Viertel.

___ Was muss der Bund, was muss Hamburg tun?

Diejenigen, die sich in Hamburg um langzeitarbeitslose Menschen kümmern – also Jobcenter, Sozialbehörde, Beschäftigungsträger – müssen sich zusammensetzen und gemeinsam überlegen, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Das Jobcenter muss die eigene Zielsetzung, 25 Prozent der Eingliederungsmittel für die soziale Beschäftigung einzusetzen, aktiv angehen. Dafür müsste es rund 500 Plätze gemäß Paragraph 16i aufstocken. Erreicht werden darüber aber nur Arbeitslose, die länger als sechs Jahre ohne Job sind,

weil das Fördervoraussetzung ist. Wir sind dafür, diese Grenze sofort auf vier Jahre zu reduzieren, um mehr Menschen früher zu erreichen. Die CDU hat vor Jahren einen ersten Anlauf in diese Richtung verhindert. Hamburg sollte sich auf Bundesebene für einen erneuten Anlauf einsetzen.

Außerdem erhalten Bürgergeld-Empfänger*innen zum Beispiel zusätzlich Wohngeld. Dieses Geld spart die Stadt ein, wenn ein Mensch durch Teilhabe am Arbeitsmarkt Lohn erhält. Berlin und Bremen setzen dieses Geld für die Projekte ein – fördern damit also Arbeit. Warum Hamburg nicht? Hier sollten alle freien Fördermittel genutzt werden.

Für ältere Menschen wäre es wichtig, die Förderung nicht auf fünf Jahre zu befristen, sondern das Rentenbezugsalter zu berücksichtigen. Wer mit 55 Jahren eine Maßnahme startet, hat mit 60 Jahren keine besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.



Info

Arbeitsgelegenheiten (AGH) gemäß Paragraph 16 d SGB II und „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ gemäß Paragraph 16 i SGB II sollen Beschäftigung am sozialen Arbeitsmarkt fördern. Besonders arbeitsmarktferne erwerbsfähige Menschen, die bisher nicht auf dem Arbeitsmarkt integriert werden konnten, erhalten darüber bessere Teilhabechancen sowie die Möglichkeit, sich neue Tagesstrukturen, Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Arbeitgebern wird bei Beschäftigung gemäß Paragraph 16 i SGB II das zu zahlende Arbeitsentgelt in den ersten beiden Jahren zu 100 Prozent erstattet. Der aktuelle Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt: Beide Instrumente haben einen positiven Effekt auf soziale Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit.



Mit diesem QR-Code geht es direkt zur Website des SoVD.

In einer Partnerschaft stehen Menschen füreinander ein – das gilt auch in finanzieller Hinsicht

Wie teuer wird der Umzug ins Pflegeheim?

Ist jemand pflegebedürftig, kann die Betreuung zu Hause irgendwann unmöglich werden. Doch ein Heimplatz ist teuer. Die Eigenanteile steigen seit Jahren: Im Durchschnitt liegen sie derzeit bei rund 2.800 Euro monatlich, je nach Bundesland sogar noch höher. Dafür reichen oft die eigene Rente oder Pension sowie Ersparnisse nicht. Dann muss, wenn vorhanden, in vielen Fällen der Partner zahlen.

Kinder sind beim Unterhalt – und somit bei Heimkosten – seit 2020 durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz meist „raus“: Für ihre bedürftigen Eltern müssen sie nur zahlen, wenn sie über 100.000 Euro brutto im Jahr verdienen. (Entferntere Verwandte sind gar nicht verpflichtet.) Diese Grenze gilt aber nicht für Partnerschaften. Und dazu zählen nicht nur Ehen, sondern auch eheähnliche Gemeinschaften.

Für Paare ist der Umzug ohnehin schon ein Einschnitt. Was die Kosten angeht, rät die Zeit-

schrift „Finanztest“: Schrumpft das Vermögen auf 10.000 Euro pro Person, zu zweit also 20.000 Euro, sollte der die Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen. Bevor das Amt leistet, prüft es neben dem Vermögen aber auch die gemeinsamen Einkünfte.

Die Person, die zu Hause wohnen bleibt, soll nicht selbst zum Sozialfall werden. Darum bleibt ihr vom Paareinkommen ein „Garantiebetrag“ zum Leben: in der Regel der Sozialhilfesatz Stufe 1, aktuell 563 Euro, plus Miete. Oft schlage das Sozial-

amt laut „Finanztest“ noch einen kleinen Puffer auf. Das Paareinkommen minus dem Garantiebetrag ergibt dann die Summe, mit der sich der Partner an den Kosten beteiligen muss. Der Betrag wird noch bereinigt, abziehbar sind etwa Posten wie wichtige Versicherungen.

Lebt der Partner in einer eigenen Immobilie, muss sie meist nicht verkauft werden, sondern ist Schonvermögen – falls die Behörde die Größe des Hauses oder der Wohnung „angemessen“ findet. *ele/dpa*



Foto: mavoimages / Adobe Stock

Ehe- oder Lebenspartner*innen haften gegenseitig für den Eigenanteil, der bei stationärer Pflege anfällt. Einen Antrag auf Sozialhilfe sollten Betroffene rechtzeitig stellen. SoVD-Mitglieder können sich bei Fragen zudem an die Beratungsstellen des Verbandes wenden.

Anzeige

Reisetipp

Seniorenurlaub

in das Allgäu und an die Ostsee

Fordern Sie noch heute unverbindlich den Katalog für Ihren Urlaub 2024 mit Hotels im Allgäu (u.a. Oberstdorf, Bad Wörishofen, Füssen) und an der Ostsee (u.a. Rügen, Timmendorf, Darß, Kühlungsborn) an, z.B. inkl. HP, inkl. Hin- u. Rückfahrt im 9-Sitzer Pkw ab/zur Haustür, 7 Tage für nur 698,- €. Tel. 0 83 76 / 92 92 72
Seniorenflug Kellner GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenflug.de

Naturpark Spessart



Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen



Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung PLZ 0-5
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur . poln. Ostsee , 3*+ Hotel, 300m zum Strand**
Schwimmbad/Sauna, Ü/F/HP, 2 Anwendungen p. Werktag, Fahrstuhl, p.P. im DZ ab **599,-**

14 Tage Kombi- Reisen Oktober 2024, Mai 2025
1 Woche Masuren mit Ausflüge und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, oder 1 Woche Danzig und 1 Woche Erholung/Kur an der poln. Ostsee, alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.P. im DZ **1.299,-**

Denken Sie an Ihren Weihnachts- / Silvesterurlaub mit Transfer Katalog Ü/F/HP/2 Anwendungen p. Werktag, Weihnachts u. Silvesterfeier anfordern

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

- Service bundesweit
- Kurze Lieferzeiten
- Sehr preiswert

Auch zur Miete

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**
www.minova-lift.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:
Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter
07243 / 5390-123
0176 / 47129886

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV., Sep.-Eing., Ruh.lage, 2 Pers., ab 35,- €/Tag ☎ 055 24 / 16 30

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2 Pers. Balkon, ab 30,- €, Gerlach ☎ 055 24 / 8 06 98

Bayerischer Wald

Schreiner
LANDHOTEL + GASTHOF

GUT SCHLAFEN ... GUT ESSEN ... SCHÖN FEIERN ... GUTE ERHOLUNG
direkt am Nationalpark Bayerischer Wald

SCHNUPPERTAGE
buchbar bis 30.11.2024
3 Nächte inkl. Halbpension
1x Sektcocktail
1x Kaffee & Kuchen
Inklusive Nationalpark-Card mit zahlreichen Vergünstigungen
p. P. im DZ ab 203 €

Tagespreis p. P. im DZ inkl. Frühstück 46 € | inkl. Halbpension 63 €

Landhotel Gasthof Schreiner | Theresia Pichler | Dorfplatz 17 | 94545 Hohenau
Tel. 08558 / 1062 | info@gasthof-schreiner.de | www.gasthof-schreiner.de

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe
nahe Passau

großzügige Bäderlandschaft, versch. Säunen, Ruheoasen

Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
Gem. Komfortzimmer(WLAN) Wohlfühl-Bäderlandschaft. 5 Tage m. HP ab 325,- € p.P./DZ
Wahlmenüs mit reg. Zutaten, Salatbuffet, Frühstücksbuffet mit hausg. Köstlichkeiten.
Bäderlandschaft mit Säunen u. Ruheoasen zum Wohlfühlen. Massage & Kosmetiksalon.
Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl - der Höhepunkt Ihrer Reise.
2 Kegelbahnen, Tanzbar, Hoteleigene Tiefgarage.
Zentrale Lage für Ausflüge nach Passau, Böhmen und Österreich.
Romantik Posthotel - Fam. Dafinger - 94133 Röhrnbach - Marktplatz 1
Tel 085 82-80 88 • www.romantik-posthotel.de

Denken Sie JETZT an Ihre Gruppenreise 2025!
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse, Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt **330,-**

URLAUBSHOTEL **Binder**
Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6
94124 Büchberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
www.HotelBinder.de

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald · Gruppenreisen 2024/25

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Frieß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Nord-/ Ostsee

Büsum*, FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/6113066**

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanoll Meist befahrene Wasserstraße der Welt, Fewos, Dachterr., Badesee, Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrahof.de

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 04841/63987 www.jacobs-ferienwohnung.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- €** ☎ 04834/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 25,- €. ☎ 0160/171 44 38

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. Ab 20€ ☎ 04834-9204, www.deichtraume.de

Urlaub an der Nordsee Ferienhaus mit Garten. ☎ 0152 - 53435007

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

Büsum/Stintek - Fewo am Deich. ~ 4 Pers. Terrasse. 7 Min z. Strand inkl. Strandk. Erdgeschoss. ☎ 0162 - 9555961

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, W-Lan, Wäsche inklusive. Ab 29€ p.T., ☎ 048343283

Polnische Ostsee

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, Hotel**** ab €198,- optional Hausabholung & Anwd. JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

Teutoburger Wald

Bad Salzuffen FeWo an der Promenade, IA Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. ☎ 05222/15217 | fewobadsalzuffen@gmail.com

Schleswig-Holstein

Inselstadt Ratzeburg, Kl. Ferienhaus für 2 Pers. Mit Bettwä. + Handtü. Einzog. Gartenlä. Hühner + Hahn auf Grundst. 35€ p.N. End.Rei. 30€ ☎ 0177-1727432



Tipp für Kinder

Du fehlst so, Hase!

Schildkröte Cleo und Hase Leo sind unzertrennlich. Obwohl sie sehr unterschiedlich sind, halten sie immer zusammen und helfen sich gegenseitig. Doch eines Tages ist Leo plötzlich verschwunden und lässt nur ein Loch zurück. Bär Otto rät dem Schildkrötenkind, die Leere mit Erinnerungen zu füllen. Und so denkt Cleo an all die schönen Erlebnisse zurück, die sie mit ihrem weltbesten Freund Leo hatte, an all das Lachen und an die wunderbaren Abenteuer, die sie gemeinsam erlebt haben.



Mit schönen Illustrationen bringt die herzerwärmende Geschichte Kindern ab vier Jahren die Themen Freundschaft und Verlust nahe und spendet Trost.

John Dougherty und Thomas Docherty: *Du fehlst so, Hase!* Penguin Junior, 40 Seiten, ab vier Jahren, ISBN: 978-3-328-30271-1, 15 Euro.

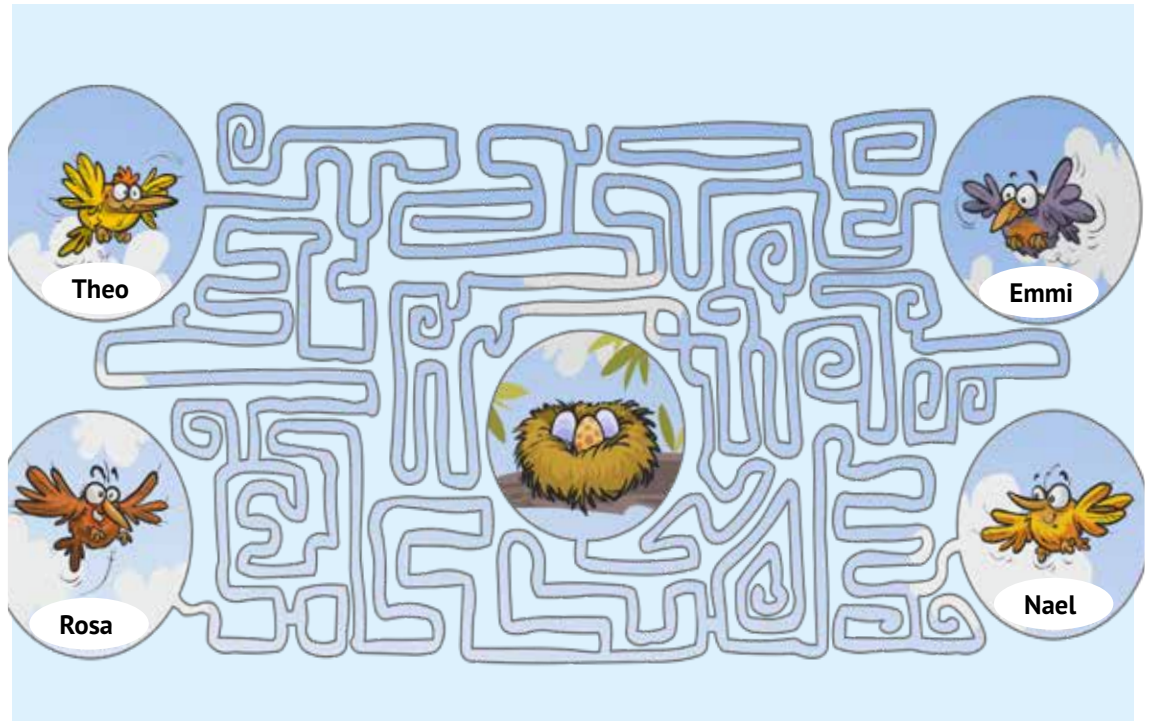
Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann löse schnell die Aufgabe in „Rolands Rätsecke“ auf dieser Seite! Den Namen des Vogels, der es ins Nest schafft, schickst du dann mit dem Betreff „Du fehlst so, Hase!“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



Rolands Rätsecke

Welcher Vogel kommt ins Nest?

Beim Ausbrüten der Eier haben die angehenden Vögeltern einen leckeren Regenwurm entdeckt und für diesen kleinen Imbiss ihren Posten verlassen. Nun aber schnell zurück! Doch welcher Weg führt welchen Piepmatz zurück zum Gelege?



Grafik: Bob Klissourski / Adobe Stock; Montage: SoVD



Fröhliche Fehlersuche

Von wegen Kinderspiel

Hier herrscht zwar eine ausgelassene Stimmung. Doch die Suche der sieben Fehler, die auf dem unteren Bild versteckt sind, ist kein Kinderspiel. Die Auflösung findest du auf Seite 18.



Grafik: yusufdemirci / Adobe Stock



Voll engagiert

Erinnerung an Euthanasie

Im Nationalsozialismus galten Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen als „lebensunwert“. Sie wurden damals erst in sogenannte NS-Zwischenanstalten gebracht und später ermordet. Heute sind in diesen Gebäuden oftmals Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen untergebracht. An die traurige Geschichte der Orte und an die dort verübten Verbrechen erinnern jetzt Schüler*innen eines Hamburger Gymnasiums mit einem Kunstprojekt.

Die Ermordung von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen zur Zeit des Nationalsozialismus bezeichneten die Nazis als „Euthanasie“. Dieser Begriff entstand aus den altgriechischen Wörtern „eu“ („gut“) und „thanatos“ („Tod“). War damit ursprünglich ein „Sterben ohne Schmerzen“ gemeint, hat diese Bedeutung mit den Morden der Nazis nichts mehr zu tun.

Mit Omnibussen brachte man damals Menschen aus Psychiatrien und anderen Heileinrichtungen vor ihrer Ermordung zunächst in Zwischenanstalten. In einem der früheren Anstaltsgebäude in Neuruppin befindet sich heute ein Universitätsklinikum. An die Geschichte des Hauses und an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert allerdings kaum noch etwas. Das wollten Schüler*innen der elften Klasse eines Gymnasiums aus Hamburg-Altona ändern.

Sie beteiligten sich an dem Projekt „NS-Euthanasie erinnern – inklusive Gesellschaft gestalten“. Gemeinsam mit Künstler*innen erstellten sie mithilfe Künstli-



Foto: Andreas Praefckel / Wiki Commons

Das „Denkmal der Grauen Busse“ erinnert an die Euthanasie-Opfer im Nationalsozialismus, die mit derartigen Omnibussen abgeholt wurden, um sie danach zu ermorden.

cher Intelligenz (KI) Bilder, die es so aussehen lassen, als würden Geister durch die leeren Hallen wandeln. Die 16 bis 18 Jahre alten Jugendlichen verarbeiteten ihre Eindrücke zudem in Form von Skulpturen, Fassadenmalerei oder Installationen im öffentlichen Raum.

Sonja Begalke von der Stiftung Erinnerung, Verantwor-

tung und Zukunft (EVZ), die das Projekt förderte, findet es wichtig, sich mit der Vergangenheit und den Euthanasie-Morden zu beschäftigen. Denn, so erklärt Begalke, die Ideologie aus der Zeit des Nationalsozialismus wirke bis heute fort und sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass es weiterhin Behinderungenfeindlichkeit gebe.

Dunja Hayali engagiert sich gegen Hass und für eine offene Gesellschaft

Haltung zeigen – für Toleranz

Im ZDF moderiert sie gleichermaßen informativ wie unterhaltsam das „Morgenmagazin“ und das „heute-journal“. Als Botschafterin der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ wirbt sie für ein respektvolles Verhalten gegenüber anderen. Am 6. Juni wird die Journalistin Dunja Hayali 50 Jahre alt.

Geboren und aufgewachsen im Ruhrgebiet, begann Dunja Hayali ihre Karriere zunächst als Sportberichterstatlerin. Später folgten Nachrichtensendungen und Talkmagazine.

Die Moderatorin engagiert sich für ein friedliches Miteinander, wehrt sich aber ebenso vehement gegen Hass und Beleidigungen. Als Hayali 2016 die Goldene Kamera erhielt, bekannte sie sich zur Vielfalt von Meinungen. Wer sich allerdings rassistisch äußere, so die Fernsehjournalistin unter großem Applaus, der sei ein Rassist.



Foto: Hannes P Albert / picture alliance

Mit Dunja Hayali können Zuschauer*innen locker in den Tag starten oder am Abend die Nachrichten aus aller Welt verfolgen.

Wegen seiner Größe konnte Spitzenschwimmer Michael Groß nicht Pilot werden

Flugverbot für den Albatros

Als Schwimmer gewann er insgesamt dreimal Gold bei Olympischen Spielen und wurde fünfmal Weltmeister. Doch mit seinem ersten Berufswunsch war er zuvor gescheitert: Ein Verkehrspilot mit 2,01 Metern Körpergröße passt nicht ins Cockpit. Am 17. Juni wird Michael Groß 60 Jahre alt.

Den Spitzname „Albatros“ verdankt Michael Groß seiner enormen Armspannweite. Diese half ihm dabei, neben diversen Titelgewinnen unter anderem auch zwölf Weltrekorde aufzustellen. Auf diesen Lorbeeren wollte sich der Ausnahmesportler aber nicht ausruhen.

Nach seinem Studium promovierte Groß in Philologie und unterrichtet als Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Zudem ist er als Unternehmensberater tätig und schrieb mehrere Sachbücher.



Foto: Kirsten Nijhof / picture alliance

Er sei oft gescheitert, sagt Michael Groß. Doch wer alle seine Ziele erreiche, so seine Überzeugung, der stelle sich zu leichte Aufgaben.

Ihre Unabhängigkeit stand für Sängerin Gianna Nannini stets an erster Stelle

Ungeachtet aller Konventionen

Die italienische Rocksängerin („Bello e impossibile“) kümmerte sich nie darum, was andere über sie denken. Sie setzte sich für Frauenrechte ein, demonstrierte gegen Atomversuche und wurde 2010 erstmals Mutter einer Tochter. Am 14. Juni feiert Gianna Nannini ihren 70. Geburtstag.

Schon früh begann Gianna Nannini zu rebellieren. Weil sie die Konditoreien ihrer Eltern nicht übernehmen wollte, „floh“ die junge Frau nach Mailand. Dort sang sie in verschiedenen Bars und bekam ihren ersten Plattenvertrag.

Die Rockmusikerin mit der markanten Reibeisenstimme tritt bis heute vehement für ihre Überzeugungen ein. Diesen Drang zur Unabhängigkeit, so Nannini, beobachte sie auch bei ihrer Tochter. Mit der knapp 14-Jährigen müsse sie oft über die kleinsten Dinge diskutieren.



Foto: Elena Vizzoca / ZUMAPRESS.com / picture alliance

An die Rente denkt sie noch lange nicht: Italiens Rockstar Gianna Nannini geht demnächst mit einem neuen Album auf Tournee.



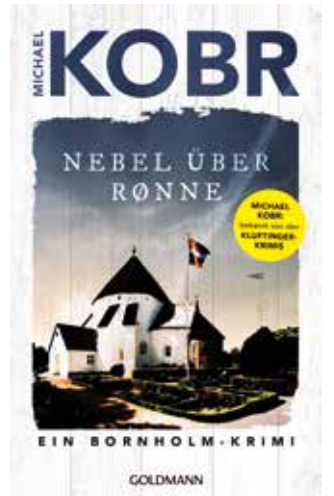
Buchtipp

Nebel über Rønne

Über dem Flughafen von Rønne herrscht dichter Nebel, als dort am Abend eine kleine Privatmaschine landet. Das Flugzeug rollt aus und stoppt am Ende der Landebahn. Die Türen bleiben verschlossen. Als niemand an Bord auf die Funksprüche des Towers reagiert, macht die Flughafensicherheit eine ebenso furchtbare wie verstörende Entdeckung: Alle drei Insassen sind tot.

Lennart Ipsen von der Bornholmer Kriminalpolizei steht angesichts dieses überaus raffinierten Mordanschlages vor einem Rätsel. Was genau hat sich in dem Flugzeug abgespielt? Ipsen setzt alles daran, herauszufinden, wer den Frieden auf der beschaulichen dänischen Urlaubsinsel auf so brutale Art und Weise gestört hat.

Michael Kobr: *Nebel über Rønne*. Goldmann, 416 Seiten, ISBN: 978-3-442-31690-8, 24 Euro.



Wenn Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen möchten, dann schreiben Sie mit dem Betreff „Nebel über Rønne“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



Denksport

Der Ball ist rund

1		Albanien		2
		Georgien		
3		Kroatien		4
		Österreich		
5		Polen		6
		Rumänien		
7		Serbien		8
		Slowakei		
9		Slowenien		10
		Tschechien		

Foto: Igor Link / Adobe Stock

Am 14. Juni beginnt die UEFA-Fußball-Europameisterschaft der Männer. Gastgeberland der EURO 2024 ist dieses Mal Deutschland. Zu den teilnehmenden Nationen gehören unter anderem auch die zehn oben aufgeführten Länder. Können Sie diese den jeweils abgebildeten Flaggen zuordnen?

Die Auflösung finden Sie wie immer auf Seite 18.

Buchtipp

Über Geld spricht man doch!

Um im späteren Leben nicht mit den Finanzen auf Kriegsfuß zu stehen, sollten bereits Kinder lernen, wie man mit Geld umgeht. Dieses Wissen vermitteln ihnen oftmals Eltern und Großeltern.



Dabei sollte es nicht allein darum gehen, das Geld für spätere Ausgaben „auf die hohe Kante“ zu legen, sondern es auch möglichst sinnvoll zu investieren.

Mithilfe dieses Ratgebers können Familien eventuelle Berührungspunkte abbauen und sich dem Thema Finanzen mit Spaß nähern. Die Anschaffung dieses Buches zahlt sich aus. Denn es liefert praktische Tipps und Ideen zum Umgang mit Geld – vom ersten Taschengeld über die Spardose bis hin zu Geschenken und Geldanlagen.

Claudia Müller, Isabel Sorg: *Über Geld spricht man doch!* Kösel, 256 Seiten, ISBN: 978-3-466-31217-7, 20 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Über Geld spricht man doch!“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovde.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.

Zeitmaschine

Das Ende der Butterfahrten

Nach dem Krieg stand „Butterfahrt“ für den zollfreien Einkauf von Zigaretten, Butter oder Schnaps. Doch bei den günstigen oder kostenlosen Ausflügen ging es ebenso um Geselligkeit. Vor 25 Jahren war damit Schluss. Ab dem 30. Juni 1999 waren die abgabenfreien Shoppingtours verboten.

Ihren Namen verdankten die Butterfahrten dem damals insbesondere in Dänemark billigen tierischen Streichfett. Wer ein Schnäppchen machen wollte, stach von Flensburg oder Travemünde aus in See und kam nach dem Kurzausflug glücklich mit vollen Taschen zurück. Dann jedoch nahm die EU den Reisen den quasi die Butter vom Brot.

Bereits 1981 war der Europäische Gerichtshof zu dem Schluss gekommen, dass die Abgabefreiheit auf „Butterschiffen“ nicht mit EU-Recht vereinbar sei. Das endgültige Verbot des zollfreien Einkaufs folgte allerdings erst 18 Jahre später.



Foto: Meyer / picture-alliance

Nicht allein die Butterfahrten waren in der „guten, alten Zeit“ noch erlaubt – auch Plastiktüten waren eine Selbstverständlichkeit.

Hätten Sie's gewusst?

Mit Kaugummi zur Revolution

Preisschilder auf Waren wurden ab dem 26. Juni 1974 zunehmend überflüssig. An diesem Tag vor 50 Jahren wurde an einer amerikanischen Supermarktkasse erstmals ein Barcode ausgelesen. Die Striche, die den Handel revolutionierten, befanden sich auf einer Packung Kaugummi.

Als Norman Joseph Woodland eines Tages Linien in den Sand zeichnete, erinnerten diesen den früheren Pfadfinder an das Morsealphabet. Aus dieser Idee entwickelte der US-Amerikaner später mit dem Ingenieur Bernhard Silver eine Variante mit unterschiedlich dicken Strichen. Für diesen Barcode erhielten sie bereits 1952 das Patent. Doch erst über 20 Jahre später war ihre Erfindung dann alltagstauglich: Der erste per Strichcode bezahlte Wrigley's-Kaugummi ist noch heute im Washingtoner National Museum of American History zu bewundern.



Foto: Jürgen Fälchle / Adobe Stock

Begleitet dieses Geräusch heute jeden Einkauf, war das Piepsen an einer Kasse vor 50 Jahren noch etwas Besonderes.

Des Rätsels Lösung

Knackst du den Monster-Code? (Ausgabe Mai, Seite 16)

Das gesuchte Lösungswort lautete Erdbeereis.

Der Ball ist rund (Denksport, Seite 17)

Konnten Sie die teilweise doch recht ähnlichen Flaggen der EM-Länder zuordnen? Hier die Auflösung:

1. Polen,
2. Slowenien,

3. Tschechien,
4. Rumänien,
5. Albanien,
6. Österreich,
7. Kroatien,
8. Serbien,
9. Georgien,
10. Slowakei.

Von wegen Kinderspiel (Fehlersuche, Seite 16)

Siehe rechts.



Variante: LEICHT

			6	4			
4	2					6	8
				9	2	○	5
1	8		4	7	6		3
		6	8		4		
7		4	3	6		○	5
2		3	1				
6	4						1
			4	○	3		

Auflösung des Vormonats

8	1	4	2	7	9	3	6	5
5	9	7	6	4	3	2	1	8
6	2	3	5	8	1	9	7	4
7	8	2	3	5	4	1	9	6
1	5	9	7	6	8	4	3	2
3	4	6	9	1	2	8	5	7
4	6	8	1	9	7	5	2	3
9	3	5	8	2	6	7	4	1
2	7	1	4	3	5	6	8	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

	8		1	4			
1			3	5			9
6		○				1	4
		5	8		9		○
	3			2			8
			7		4	3	
	1	7			○		2
	4			9	1		3
				8	7		6

Auflösung des Vormonats

1	6	4	2	3	5	7	8	9
9	2	5	7	6	8	4	1	3
8	3	7	4	1	9	6	2	5
3	7	2	1	9	4	8	5	6
4	8	9	6	5	2	1	3	7
5	1	6	3	8	7	2	9	4
7	5	3	8	4	1	9	6	2
2	9	1	5	7	6	3	4	8
6	4	8	9	2	3	5	7	1

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovde.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.

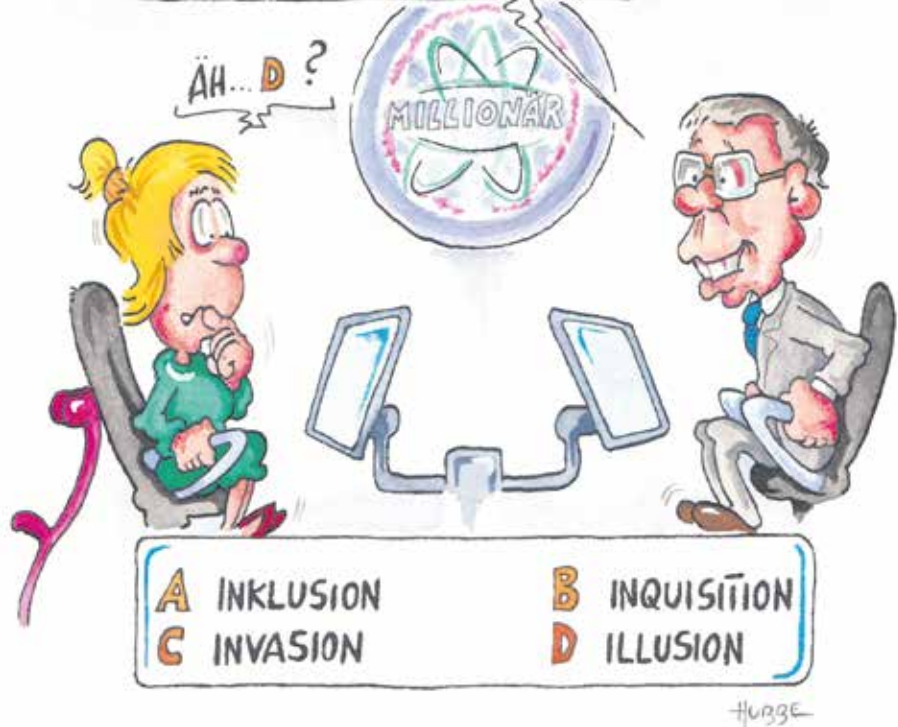


Mit spitzer Feder



Hörbuchtipp

WELCHER BEGRIFF BEINHALTET, DASS JEDER MENSCH GANZ NATÜRLICH DAZU GEHÖRT, EGAL WIE MAN AUSSIEHT, WELCHE SPRACHE MAN SPRICHT ODER OB MAN EINE BEHINDERUNG HAT?



Unter Wasser ist es still

Nach fast 20 Jahren kehrt Maira an den Ort ihrer Kindheit zurück. So schnell wie möglich will sie das Haus ihrer verstorbenen Mutter ausräumen und wieder verschwinden. Doch wie das mit den Erinnerungen so ist, kehren sie immer dann wieder, wenn man sie am meisten verdrängen möchte. Mit jeder geöffneten Kiste, jedem wiederentdeckten Gegenstand kehren sie zurück, die guten wie die schlechten. Und dann ist Maira plötzlich wieder dort, an ihren letzten Tagen auf dem Darß, bevor alles zusammenbrach. Doch was damals tatsächlich mit ihrer Mutter geschah, auf diese Frage findet sie in ihrer Erinnerung keine Antwort.



Julia Dibbern: Unter Wasser ist es still. Der Audio Verlag, ungekürzte Lesung, 1 mp3-CD, ISBN: 978-3-7424-3094-6, 24 Euro.

Möchten Sie eines der vorgestellten Hörbücher gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Unter Wasser ist es still“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Bitte prüfen Sie vorab, ob Sie die CD im mp3-Format auch abspielen können! Einsendeschluss ist der 15. Juni.

Ermittlung v. Maßen	sauber	poetisch: Frühling	franz.: nach Art von (2 Wörter)	Gartenfrucht	Wegnahme	Bergkammlinie	gebändertes Edelstein	Initialen Hauptmanns † 1946	altröm. Staatsmann, Feldherr	Sprechstil	Amateurin
Tourist, Reisender						früherer türkischer Titel			5	Segelstange	
das Unsterbliche				dauern des Essen von Süßigkeiten							best. Farbton
Turm der Moseschee		10				Ordensgeistlicher	Republik und Volk in Europa		persönl. Fürwort/ 2. Person, 3. Fall		
			Wintersportgerät	Greifvogel, Habichtartiger	Figur aus „Die Zauberflöte“						2
dt. Autopionier † 1929	engl.: zu, nach	Cockpit für Flugschüler Nährmutter							4	Voranzeige, Nachricht	Turngerät
ugs.: steif, hölzern			1		Ziervogel	kurz und bündig		Epoche			
				Drüsenabsonderung	früherer brasil. Fußballstar			Zahlwort		9	
Finnland in der Landessprache	Honigbiene		Stadt in Kalifornien (2 Wörter)					3			
		12			gezierte Haltung	Abwesenheit von Lärm	Nutz- u. Zierpflanze	Schaumwein			6
handeln	badi-scher Rhein-Zufluss	so lang, so weiß	Reifeprüfung (Kurz-w.)	jüdisches Freudenfest				AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ ■ ■ ■ ■ H ■ ■ ■ K ■ ■ ■ S ■ ■ ■ S ■ ■ ■ E ■ S ■ P ■ E ■ R ■ A ■ N ■ T ■ O ■ S ■ U ■ E ■ D ■ P ■ O ■ L ■ ■ E ■ R ■ B ■ E ■ N ■ A ■ K ■ U ■ T ■ M ■ I ■ L ■ Z ■ ■ ■ H ■ I ■ B ■ I ■ S ■ K ■ U ■ S ■ A ■ I ■ N ■ U ■ I ■ T ■ ■ ■ F ■ R ■ O ■ E ■ B ■ E ■ B ■ K ■ R ■ E ■ N ■ M ■ A ■ U ■ ■ ■ R ■ U ■ B ■ E ■ V ■ O ■ R ■ A ■ P ■ E ■ ■ ■ F ■ A ■ H ■ N ■ D ■ E ■ R ■ R ■ E ■ D ■ R ■ E ■ H ■ E ■ R ■ ■ Z ■ O ■ T ■ I ■ G ■ U ■ S ■ E ■ R ■ T ■ E ■ C ■ K ■ ■ ■ P ■ E ■ S ■ H ■ Y ■ D ■ R ■ O ■ E ■ N ■ I ■ K ■ I ■ ■ ■ P ■ A ■ S ■ S ■ U ■ S ■ F ■ I ■ P ■ I ■ L ■ A ■ T ■ E ■ S ■ ■ ■ E ■ D ■ I ■ E ■ H ■ T ■ M ■ L ■ ■ ■ R ■ E ■ G ■ A ■ T ■ T ■ A ■ A ■ U ■ S ■ ■ ■ B ■ E ■ L ■ E ■ B ■ T ■ S ■ A ■ I ■ T ■ E ■ ■ ■ I ■ R ■ U ■ E ■ G ■ E ■ D ■ O ■ M ■ ■			
Warenaus-, -einfuhrverbot					Vorname des Rockmusikers Lindenberg						
					früherer iran. Kaisertitel						8
Unterkunft, Asyl	Brauch				fränkisch: Hausflur						7

Impressum

SoVD - Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

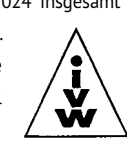
Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 1. Quartal 2024 insgesamt 379.416 Exemplare. Die digitale Auflage (E-Paper) beträgt aktuell 47.860 Exemplare.



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. Juni einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!



8 Tage p.P. ab
€ 1.095,-

Mutsch
UNGARN
REISEN

Erholung pur in Bad Hévíz

Bad Hévíz liegt nur etwas sechs Kilometer nordwestlich des Balatons und ist vor allem für seinen natürlichen Thermalsee bekannt. Ein Bad im warmen Thermalwasser verspricht Wohlbefinden für Körper, Geist und Seele.



IHR HOTEL: 4+ Palace Hotel Hévíz

Lage: Das Palace Hotel Hévíz befindet sich in zentraler Lage, nur ca. 200 Meter vom Heilsee entfernt.

Zimmer/Ausstattung: Die 165 Zimmer und Apartments des Hotels sind alle mit Bad oder Dusche/WC, Fön, Fernseher, Telefon, kostenfreiem Internetzugang (WLAN), Minibar und Klimaanlage ausgestattet.

Verpflegung: Im Restaurant „Monarchia“ werden Ihnen internationale und ungarische Gerichte in Buffetform angeboten. Im Café Walzer können Sie sich auf leckeren Kuchen, Cocktails sowie Kaffee- und Getränkespezialitäten freuen.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Erholung pur verspricht ein Besuch des hoteleigenen Wellnessbereichs mit Erlebnisbad (ca. 30°C), Whirlpool (ca. 34°C), Sauna, Dampfkabine und Fitnessraum. Auf der Sonnenterrasse können Sie im Anschluss die Seele baumeln lassen und sich rundum entspannen. In der hoteleigenen Therapieabteilung werden Ihnen neben klassischen Massagen auch Kur-Anwendungen wie Elektrotherapie, Schlamm-packungen und vieles mehr angeboten.



Zimmerbeispiel, 4+ Palace Hotel Hévíz



Schwimmbad, 4+ Palace Hotel Hévíz

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice und Transfer zum nächstgelegenen Flughafen*1
- ✓ An- und Abreise per Flugzeug nach Wien inkl. Transfer zum Hotel und zurück
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 4+ Palace Hotel Hévíz
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Abendessen als Buffet
- ✓ 1x Begrüßungscocktail
- ✓ Kostenfreie Nutzung des Wellnessbereichs
- ✓ Leihbademantel
- ✓ 2x Leihmöglichkeit von Nordic Walking Stöcken (nach Verfügbarkeit) pro Woche
- ✓ 5x Eintritt zum Thermalsee (3 Std.) pro Woche
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

TERMINE & PREISE 2024 p.P.

im Doppelzimmer	21.08.24; 04.09.24; 18.09.24; 02.10.24; 16.10.24
7 Nächte	€ 1.095,-
14 Nächte	€ 1.570,-
21 Nächte	€ 1.975,-

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- > Aufpreis Einzelzimmer: € 25,- pro Nacht
- > Aufpreis Kurpaket mit 7 Anwendungen: € 210,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 10 Anwendungen: € 265,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 14 Anwendungen*2: € 325,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 18 Anwendungen*2: € 395,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 25 Anwendungen*2: € 505,-

Hinweise:

- *Mögliche Flughäfen: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, Leipzig, München, Stuttgart.
- *Nur ab einem Aufenthalt von 14 Nächten buchbar
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 1,75 p.P./Tag
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Mutsch Ungarn Reisen, Vermittlungsbüro, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.mutsch-reisen.de/web/vagb.html oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden sie unter: www.mutsch-reisen.de/web/datenschutzerklaerung.html

Reisecode: SOVD

Viele weitere Hotels finden Sie in unserem aktuellen
Reisekatalog 2024 - Jetzt kostenlos anfordern!



8 Tage p.P. ab
€ 1.213,50

REISE
KÖNIG

Jetzt buchen & Sie erhalten
das Ausflugspaket geschenkt!*

Zuschlag für Kabine zur Alleinbenutzung um 50% reduziert!

Goldener Herbst auf der Donau

Freuen Sie sich auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem 4++ Schiff BELVEDERE. An Bord können Sie sich ganz gemütlich zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau, genießen. Während Ihrer Landgänge erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		17:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich) Wien (Österreich)	06:00 Uhr 20:30 Uhr	12:00 Uhr
3	Wien (Österreich) mit Stadtrundfahrt/-gang (inkl.).		19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Stadtrundfahrt/-gang (inkl.).	12:00 Uhr	
5	Budapest (Ungarn)		14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Stadtrundgang (inkl.).	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Ausflug zum Benediktinerstift Melk (inkl.).	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	



Kabinenbeispiel, 4++ BELVEDERE



Sauna, 4++ BELVEDERE

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Ausflugspaket* im Wert von € 145,-
 - Stadtrundfahrt/-gang Wien & Budapest
 - Stadtrundgang Bratislava
 - Ausflug zum Benediktinerstift Melk
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung (Sauna, Whirlpool etc.)
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Deutschsprachige Kreuzfahrtleitung an Bord
- ✓ Sämtliche Schleusen-, Hafen- und Liegeplatzgebühren

TERMIN & PREISE 2024 p.P.

in 2-Bett-Kabine	28.10. - 04.11.24
HX Hauptdeck vom/achtern	€ 1.213,50
HD Hauptdeck	€ 1.313,50
MX Mitteldeck achtern	€ 1.513,50
MV Mitteldeck vorn	€ 1.593,50
MD Mitteldeck	€ 1.713,50
OX Oberdeck achtern	€ 1.833,50
OV Oberdeck vorn	€ 1.893,50
OD Oberdeck	€ 2.013,50
Zuschlag 2-Bett-Kabine zur Alleinbenutzung	15% statt 30%

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- > Aufpreis Getränkepaket: € 203,-

Hinweise:

- *Bei Buchung bis 21.06.24 erhalten Sie das Ausflugspaket geschenkt!
- > Bei diesem Angebot gelten gesonderte Stornobedingungen!
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/art oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Beratung & Buchung:
0800 - 72 35 264
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

@ info@mutsch-reisen.de

Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

@ info@reise-koenig.de

Jubiläums-Aktion 75 Jahre Staatsgründung BRD/DDR

GRATIS für Sie:



DPS
Deutscher Philatelie Service
Bischofsweg 2b ■ 04779 Wernsdorf
Bestell-Telefon: 0800 / 5 88 79 22
Mo bis Fr: 7.00 – 17.30 Uhr (gebührenfrei)
E-Mail: handel@dps-wernsdorf.de
Shop: www.dps-shop.de

DDR-Markenheftchen „Fünfahrplan“ von 1960!

Jetzt kostenlos anfordern!

- ✓ **GRATIS:** Das Original-Heftchen „Fünfahrplan“ Eine Sammler-Rarität aus dem Jahr 1960. Das Heftchen enthält 18 Originalbriefmarken mit Motiven zum Fünfahrplan in der DDR. Mit den damals üblichen Reklameseiten wie „Denk' an Jolanthe!“ ein herrliches Zeitdokument von unvergänglichem Wert!
- ✓ Dazu **gratis** das aktuelle DPS*-Journal „franko“ mit Tipps und Angeboten rund ums Briefmarkensammeln.

GUTSCHEIN für 1 DDR-Heftchen

Ja, senden Sie mir **gratis** das wertvolle Original-Heftchen „Fünfahrplan“ und dazu das aktuelle DPS*-Journal „franko“. Ich gehe keinerlei weitere Verpflichtung ein. Lieferung versandkostenfrei.

Meine Anschrift:

Vorname, Name _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____ 24NB0

Schnäppchen-Bestellung:

Ja, liefern Sie mir die Sonderangebote, die ich so angekreuzt habe zum Schnäppchen-Preis:

Nr.	Bezeichnung	Preis	<input checked="" type="checkbox"/>
1	20 deutsche Briefmarkenblocks	€ 10,00	
2	7 Märchen-Kleinbogen	€ 5,00	
3	Gemeinschaftsausgaben der Alliierten	€ 11,50	
4	„Kiloware“ deutsche Briefmarken	€ 9,50	

Geschäftsführer R. Jannasch; Registergericht Leipzig, HRB 6791. Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer. Ausverkauf und Irrtum vorbehalten. Abbildungen können vom Original abweichen. Lieferzeit bei verfügbarer Ware 1-7 Werktage.

Jubiläums-Angebote zum Schnäppchen-Preis:

1 20 deutsche Briefmarkenblocks!



Die attraktiven Briefmarkenblocks werden nur zu besonderen Anlässen herausgegeben. 20 verschiedene, BRD, DDR und Berlin, immer postfrisch!

Bestell-Nr. S-0025-0 nur € **10,-**

2 7 Märchen-Kleinbogen der DDR!



Das attraktive Set enthält die 7 schönsten Kleinbogen der berühmten „Märchen“-Serie, postfrisch!

Bestell-Nr. S-0017-8 nur € **5,-**

3 Komplet: Die Gemeinschaftsausgaben der Alliierten!



Die Nachkriegs-Briefmarken für die amerikanische, britische und sowjetische Zone. Insgesamt 58 Briefmarken aus der Zeit 1946-1948, postfrisch!

Bestell-Nr. 002-0911-9 nur € **11,50**

4 „Kiloware“ Deutsche Briefmarken!



Ein herrliches Sammelvergnügen: Bunte Mischung, fast nur BRD-Sondermarken, viele aktuelle Marken, auf Briefstücken gestempelt. 250-g-Beutel.

Bestell-Nr. S-0139-3 nur € **9,50**

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540



Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Augenfit-Kapseln **Mit 12mg Lutein!**

Unterstützen die Gesundheit von Augen und Sehkraft und enthalten **Lutein, Heidelbeer-Extrakt, Vitamin B2, Zink und Vitamin A**. Zink sowie die Vitamine A und B2 tragen nachweislich zur **Aufrechterhaltung einer normalen Sehkraft** bei.

Best.-Nr. 105 90 Kapseln für 6 Wochen € **12,50**
ab 3 Packungen nur € **11,00**



Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das **Wohlbefinden** – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden.

Hoch dosiert – nur 1 x täglich!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € **8,50**
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € **17,50**

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die **sexuelle Funktionen des Mannes** und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten **Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana** sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt. Zur Anregung und Unterstützung für IHN.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln € **21,50**
ab 3 Packungen nur € **19,00**

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln enthalten Glycosaminoglykane, die beim Menschen in den **Gelenknorpeln** und der **Gelenkflüssigkeit** vorkommen. Jede Kapsel enthält **500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat**.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln für 2 Monate € **12,50**
Best.-Nr. 1850 300 Kapseln für 4 Monate € **23,00**

Orthopädisches Kopfkissen

Passt sich vollkommen der Form von Kopf + Schulter an. Dadurch wird der Nacken optimal gestützt, die Wirbelsäule erholsam entlastet und die Muskeln spürbar entspannt. Das allergene + milbensichere Kissen ist ein **Garant für Schlafkomfort mit höchstem Erholungswert** (ca. 42x74x15cm). **Aktion im Juni 2024!**

Best.-Nr. 506 1 Kissen € **59,00** ~~49,-~~
ab 2 Kissen nur € **55,00** ~~45,-~~

Hyaluronsäure-Kapseln 500mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der **Gelenkflüssigkeit** und des **Knorpels**. Jede Kapsel enthält **500mg Hyaluronsäure** und **40mg Vitamin C**, das zur **Kollagenbildung** beiträgt.

Best.-Nr. 864 90 Kapseln für 3 Monate € **19,50**
ab 3 Packungen nur € **18,00**

Bio-Hagebutten-Pulver **BIO**

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert **biologischem Anbau**. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur **Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis** oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit **Galaktolipiden**.

glutenfrei, vegan!

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = €24,00) € **12,00**
ab 3 Dosen (je 1kg = €22,00) nur € **11,00**

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei***

Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	
<i>versandkostenfrei</i>				

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de

Namc, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
 Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzenhach
Tel.: 073 34/96 540
Fax: 073 34/96 5444
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Ihre Helfer im Alltag

Pflegehilfsmittel von **meinPflugeset!**

Für die häusliche Pflege



So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflugeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflugeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflugeset.de

meinPflugeset - ein Service von Praxis Partner

Praxis Partner ist seit fast 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner Fachversand für
Arzt- und Laborbedarf GmbH

In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

fachversand@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS



BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Spar-Luchs Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **7 Tage / 6 Übernachtungen Vollpension Plus** inkl. großes Frühstücksbuffet
- **6 Mittag- und Abendessen** vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- **Wohlfühl- und Erlebnispaket** mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- **Eintritt Luftfahrtmuseum Wernigerode** • **Wertgutschein Hotel-Shop**



Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 22.12.24
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

je Erw.
im DZ

558,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
**50%
Vorteil!**

Das gute Gefühl, vorgesehen zu haben.

Attraktiver Versicherungsschutz
für die Mitglieder des
Sozialverbandes Deutschland e. V.

Sie und Ihre Angehörigen können von unseren vorteil-
haften Vorsorge- und Versicherungsangeboten profitieren.
Unser Portfolio für Verbandsmitglieder reicht von der
Sterbevorsorge über die Unfallversicherung bis hin zur
privaten Haftpflichtversicherung.

Haben Sie Interesse? Dann wenden Sie sich an uns:
ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO AO/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)



Scannen Sie den QR-Code
oder gehen Sie auf
www.ergo.de/vereine-und-verbaende

ERGO

Einfach, weil's wichtig ist.



Nicht nur Frauensache

Besser mit
Wechseljahren im
Job umgehen.

Lesen, was gesund macht.

SoVD-Zeitung digital



**Gleich QR-Code
scannen und
anmelden!**

- + schneller bei Ihnen als im Postversand
- + enthält alle Landesbeilagen sowie zusätzliche Links und Videos in den Artikeln
- + für Tablets und Smartphones
- + schont die Umwelt



Wechseln Sie zum E-Paper!

Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.

Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
Sozialverband Deutschland
Abteilung Redaktion
Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Website anmelden: www.sovd.de/e-paper